

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren

betragen für die sechsgepaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Verord-
 nungen und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 20. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Getreidezölle in der Zolltarif-Kommission.

Kerböse Erwartung beherrschte die Stimmung der Zollanhänger. Sie waren mit ihrem „Kompromißantrag“ endlich herausgerückt. Unterzeichner dieses Antrages sind die 15 Abgeordneten Graf v. Schwerin-Löwitz, Herold, v. Kardorff, Gabel, Camp, Gröber, Graf v. Kanitz, Klose, Dr. v. Komierowski, Pingen, Rettich, Sieg, Dr. Spahn, Speck und Trimborn, also der vereinigte konservativ-polnisch-ultramontane Bünchlerbund.

Nicht unterzeichnet haben, abgesehen von den Gegnern jeder Zollserhöhung, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte v. Wangenheim, die Nationalliberalen außer Sieg und vom Centrum Dr. Heim.

Bevor der Kompromißantrag gedruckt verteilt werden konnte, kam der Antrag der Socialdemokraten zur Verhandlung, der Klarheit darüber verlangt, ob die Klein- und Mittelbauern nach der Ernte-Statistik nicht so wenig Brotsfrüchte ernten, daß sie durch Getreidezölle in ihrer Wehrzahl geschädigt, ja geradezu ruiniert werden. Köstlich war die naive Ansicht des Vorsitzenden, „da die Regierung erklärt hatte, daß sie keinerlei Material habe, also in der That sich um die Klein- und Mittelbauern bei Gestaltung des Tarifs nicht im geringsten gekümmert habe — würden wohl die Antragsteller ihren Antrag zurückziehen.“ Die Nervosität des Vorsitzenden verlangte: 1. Wer Klarheit haben will, muß für die Aufnahme solcher Statistik sein; 2. die Statistik ist noch jetzt auszuführen, ohne daß die Beratung des Zolltarifs Aufschub leidet. Der Vorsitzende versuchte dem Redner vorzuschreiben, wie lange er zu reden habe. Die Unterhaltung über diese geschäftsordnungswidrigen und die Beratung verzögernden Versuche beendete Mollenkuhr durch seine mit olympischer Ruhe unter allgemeiner Heiterkeit vorgetragene Entgegnung: Ich will den Herrn Vorsitzenden durchaus nicht in seiner Redefreiheit beschränken, nur aber bitten, auch meine Redefreiheit als Kommissionsmitglied nicht anzutasten!

Darauf wurde der socialdemokratische Antrag niedergeschrieben und dadurch klargestellt, daß die Mehrheit der Kommission und die Regierung Klarheit über die Wirkung der Getreidezölle auf die wirklich nothleidenden kleinen Bauern nicht haben will. Das Bestreben, schleimig zur Behandlung des kompromittierenden Kompromißantrages der Zollmehrheit zu gelangen, ließ den Vorsitzenden zunächst vergessen, daß vorerst über die Petitionen zu berichten sei. Nach der Rede des Abg. Gothein wurde dies nachgeholt. Diese Berichterstattung brachte eine des Humors nicht entbehrende Ueberraschung. Der Abg. Speck (C.) erledigte seine Aufgabe, über alle zum Minimal-Zollvorschlages eingelaufenen Petitionen zu berichten, in objektiver Weise. Wie stand es aber mit dem Bericht des Hauptlings des Bundes der Landwirte, Abgeordneten v. Wangenheim! Zunächst erklärte er selbst, daß er nur über die bis zum 7. Januar eingelaufenen Petitionen berichten könne. Ein 68 Seiten langes Verzeichnis lag den Reichstagsmitgliedern schon über einen Monat lang als Nr. 426 der Drucksachen vor. v. Wangenheim trug lediglich dieses Verzeichnis, und das auch nur höchst unvollkommen, vor. Er führte keinen einzigen Grund aus den Petitionen vor — offenbar hatte er sie nicht einmal gelesen. Aber noch mehr! Die hauptsächlichsten Petitionen — so die mit 3431784 Unterschriften bedeckte, hatte er — und ebenso auch der Vorsitzende — völlig übersehen. Eine ähnliche Oberflächlichkeit ist noch nie einem Berichterstatter passiert. Den Schluß der Sitzung bildete die fruchtlose Anregung, entgegen der Geschäftsordnung, die Nicht-Kommissionsmitglieder auch ohne Plenarbeschluß am Donnerstag zur Kommissionsitzung nicht zuzulassen. Graf Posadowsky will der Kommission „vertrauliche Mitteilungen“ machen.

Nachfolgend der Bericht:
 Die 24. Sitzung begann mit der Beratung des folgenden Antrages der Abg. Antrieck und Genossen (C.):

„Die Kommission wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, ihr eine Aufstellung darüber zu geben, wie die in der Ernte-Statistik aufgeführten Fruchtarten sich auf die Größe der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe — geordnet nach den bei der Berufszählung in Anwendung gebrachten Klassen — verteilen.“

Vor der Begründung giebt Geheimrat Vermuth die Erklärung ab, daß 6474 Sachverständige mit der Aufnahme der Erntestatistik beschäftigt seien. Jeder Sachverständige berichte über eine landwirtschaftlich benutzte Fläche von 54 Quadratkilometern. So genau kann die Aufnahme nicht hergestellt werden, daß man den Eigentümer eines jeden Saates feststellen könnte. Es müßten dann alljährlich Millionen Betriebe in Betracht gezogen werden und deshalb sei die Auskunft unmöglich zu geben, die die Antragsteller verlangen.

Der Vorsitzende Rettich fragt, ob nach dieser Erklärung etwa die Antragsteller ihren Antrag zurückziehen wollten. Das wird verneint.

Mollenkuhr (C.): Wie wissen, daß eine solche Statistik überhaupt nicht existiert. Sie ist aber nötig zur Beantwortung der Frage, ob die kleinen Landwirte von den Getreidezöllen Nutzen oder Schaden haben. Ergiebt die Statistik, daß die Parzellenbesitzer und kleinen Bauern weniger Getreide bauen, als sie für ihre Familie und ihr Vieh nötig haben, dann würde wohl mancher Anhänger der Zölle unter den Bauern in einen Gegner verwandelt werden. Das Material hätte auf jeden Fall

beschafft werden müssen. Der Wirtschaftliche Ausschuss hat dadurch, daß er eine solche Aufnahme nicht vorschlägt, bewiesen, daß er ganz einseitiges Material haben wollte. Die vorhandene Statistik giebt nur Auskunft über die großen Betriebe, die kleinen Betriebe aber bleiben im Dunkeln.

Der Vorsitzende unterbricht den Redner und ersucht ihn, sich in Hinblick auf die Erklärung des Regierungsvertreters kurz zu fassen. Der Antrag stehe nur in losem Zusammenhang mit der Vorlage.

Mollenkuhr verbittet sich solche unmotivierten Unterbrechungen. Die Kürze der Verhandlungen würde gefördert, wenn sich der Vorsitzende derartige Belehrungen ersparen wolle.

Der Vorsitzende verbittet sich diese Kritik.

Mollenkuhr: Es liegt mir ganz fern, die Redefreiheit des Vorsitzenden zu beschränken. (Heiterkeit.) Ich beanspruche aber für mich die gleiche Redefreiheit. Redner begründet den Antrag dann weiter und betont, daß die Regierung die hier geforderten Nachweise nicht schon längst veranlaßt habe. Man fürchte eben die Ergebnisse derartiger Untersuchungen und deshalb habe man sie unterlassen.

Ministerialdirektor Vermuth betont nochmals die Schwierigkeit einer solchen Untersuchung. Es könnte sich nur um Stichproben handeln, die doch kein sicheres Bild ergeben würden.

Stadthagen (C.): Wenn die Regierung die Arbeit nicht bewältigen kann, dann möge sie aus das Material ausliefern. Wir werden es in wenigen Wochen ansarbeiten, so wie wir ja auch mit der Arbeitslosenzählung in Berlin allein fertig geworden sind. Das Material wäre von außerordentlichem Werte. Im einzelnen werden ja Verschiebungen stattfinden, denn mancher kleine Bauer, der heute Roggen baut, wird nächstes Jahr Hafer oder Kartoßeln bauen. Das Gesamtbild wird aber unverändert bleiben.

Damit schließt die Debatte. Der socialdemokratische Antrag wird mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor Absatz 1 und 2 des § 1 des Zolltarif-Gesetzes mit den dazu eingegangenen Änderungsanträgen Fischel (fr. Sp.), Gothein (fr. Sp.) und Herold (C.), Schwerin-Löwitz (L.) und Kardorff (Ab.) zu beraten. Der Antrag Fischel-Gothein will den Minimaltarif für Getreide im Tarifgesetz streichen und die Sätze des geltenden autonomen Tarifs für Getreide in den Zolltarif einsehen. Der bekannte Antrag Herold (C.) schlägt eine Erhöhung der Getreidezölle vor.

Stadthagen (C.) beantragt, die Debatte zunächst auf die Frage, ob überhaupt Maximal- und Minimalzölle für Getreide einzuführen seien, zu beschränken.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag Stadthagen mit 12 gegen 12 Stimmen, der Linken einschließlich der Nationalliberalen außer dem Abg. Sieg abgelehnt. Es wird nun beschlossen, die Absätze 1 und 2 des Zolltarif-Gesetzes in Verbindung mit den Nummern 1 bis 4 des Zolltarifs zu verhandeln und die Generaldebatte über die Getreidezölle eröffnet.

Gothein (fr. Sp.) begründet seinen Antrag, der die bestehenden Getreidezölle erhalten will. Er weist auf Kostenjahre hin, in denen das Getreide nicht nur um den Zoll, sondern auch um die Transportkosten sich im Preise gegenüber dem Auslandsmarkt erhöht. In diesen Jahren läme aber die außerordentliche Preissteigerung nur denjenigen verhältnismäßig wenigen Besitzern zu gute, die selbst in Kostenjahren noch verkaufen könnten. Das Interesse an höheren Getreidepreisen werde beim eigentlichen Bauern ungemein überschätzt. Die unentgeltliche Erregung weiter Kreise der Landwirtschaft erkläre sich durch die umfassende, geschickte, aber auch krupellose Agitation des Bundes der Landwirte. Die bänische Landwirtschaft, die von der Schutzoll-Krankheit noch frei sei, sei für ganz Europa musterhaft. England mit der angeblich ruinierten Landwirtschaft zahle die höchsten landwirtschaftlichen Löhne und fähle sich wohl dabei. Die Löhne der Landarbeiter seien nicht abhängig von den Getreidepreisen. — Die Getreidezölle wirkten gleich Morphium auf den Kranken. Fortgesetzte Steigerungen der Dosen seien notwendig, aber schließlich müsse eine völlige Entziehung eintreten, wenn der Organismus nicht ganz ruiniert werden solle.

Die Getreidezölle steigerten die Güterpreise auf eine unsinnige Höhe, und das sei der Verderb der deutschen Landwirtschaft. Bei der unabwiesbaren Reaktion würden dann Hunderttausende von Landwirten ruiniert.

Heim (C.) beantragt, den Kopfszoll von 60 M. als Mindestzoll in den § 1 des Tarifgesetzes einzufügen. Abg. Graf Kanitz (L.) kündigt einen Antrag an, der Minimalzölle für Mehl und Mählenprodukte fordern wird. Es entwickelt sich eine Geschäftsordnungs-Debatte. Abg. Bebel (C.) beantragt, über die Zölle auf die einzelnen Getreide-Arten in Verbindung mit den zugehörigen Mehlarten im einzelnen zu debattieren und abzustimmen.

Herold (C.) schließt sich diesem Vorschlag an.

Graf Kanitz (L.) regt an, in die Beratung des Zolltarifs einzutreten und die jetzige Debatte abzubrechen.

Stadthagen (C.) beschworlet den Antrag Bebel und meint, man müsse die Abstimmung über § 1 schon deshalb aussetzen, da er auch noch einen Minimalzoll für Orden und Ehrenzeichen beantragen will. Der Antrag Bebel wird hierauf gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Speck (C.) berichtet über die eingegangenen Petitionen, soweit sie sich auf die Minimal- und Maximalzölle beziehen. Die landwirtschaftlichen Verbände, die Bauernvereine und die Müller ver-

langen zumeist Minimalzölle. Gegen die Minimalzölle petitionieren die Handelskammern, städtischen Vertretungen, Gewerbevereine und industriellen Verbände mit verschwindenden Ausnahmen.

Frhr. v. Wangenheim (Konf.) berichtet über die Petitionen, welche sich auf die landwirtschaftlichen Zölle beziehen. Auch hier sind landwirtschaftliche Vertretungen für Erhöhung der Zölle; zahlreiche Städtevertretungen, Handelskammern, Gewerbevereine, Wäckerinnungen, freisinnige Vereine, Frauenvereine, öffentliche Versammlungen, sowie mehrere Massenpetitionen haben sich gegen die Erhöhung ausgesprochen.

Bebel (C.) fragt an, weshalb der Berichterstatter die socialdemokratische Petition mit 3431789 Unterschriften ver-gessen habe.

Der Referent v. Wangenheim erwidert, er habe nur über die Petitionen berichtet, die bis zum 7. Januar zusammengestellt waren.

Stadthagen (C.) stellt fest, daß die Petition auf Seite 7 des Verzeichnisses der Petitionen erwähnt ist.

v. Wangenheim entschuldigt sich wegen dieses „Versehens“.

Badischer Ministerialdirektor Scherer verliest eine Petition aus landwirtschaftlichen Kreisen Badens und giebt für die badische Regierung die Erklärung ab, daß sie für Erhöhung der Getreidezölle, so wie sie die Regierungsvorlage enthalte, sei, aber nicht deshalb, weil der Großgrundbesitz Nutzen davon habe. Baden habe wenig Großgrundbesitz, aber 40000 mit mehr als 3 Hektar. Diese treiben Dreifelderwirtschaft und erzeugen mehr Getreide, als sie gebrauchen. Diese Erklärung der badischen Regierung wendet sich aber gleichzeitig entschieden gegen jede Erhöhung der in der Regierungsvorlage enthaltenen Zölle.

Herold (C.) befürwortet den Kompromißantrag. Der Antrag ist von 15 Mitgliedern der Konservativen und des Centrums unterzeichnet, doch fehlt die Unterschrift des Frhrn. v. Wangenheim. Der Antisemite Gabel, der Pole Komierowski und der nationalliberale Sieg haben den Antrag mitunterzeichnet.

Zur Begründung des Antrages weist der Antragsteller darauf hin, daß seine Freunde durchaus den Abschluß von Handelsverträgen wollten. Diese aber könnten nur erzielt werden, wenn die Spannung zwischen Minimal- und Maximalzöllen groß sei. Die Landwirtschaft habe viel nachgegeben, um die Konsumenten vor Ueberlastung zu schützen. Die Regierung habe zwar erklärt, daß sie das Maximum, das sie bewilligen wolle, in den Tarif eingesetzt habe. Wir haben aber zwei Gesetzgebungsfaktoren; auch der Reichstag hat ein gewichtiges Wort mitzusprechen, und die Mehrheit der Abgeordneten sei für den Kompromißantrag. Wenn die Regierung diese Sätze nicht annehme, dann sei es ziemlich sicher, daß die Vorlage zu Fall komme. Die Regierung würde dann durch ihren Mangel an Rücksichtigkeit die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage zu tragen haben.

Staatssekretär Graf Posadowsky schied sich an, eine längere vertrauliche Erklärung über die Stellung der Regierung zu dem Kompromißantrag abzugeben. — Von verschiedenen Seiten wird aber die Vertagung der Sitzung gewünscht. Graf Posadowsky verschiebt seine Erklärung auf die nächste Sitzung, rät aber gleichzeitig an, zu der nächsten Sitzung nur die Mitglieder der Kommission zuzulassen und sonstige Zuhörer aus dem Hause auszuschließen. Er habe eine besonders vertrauliche Eröffnung zu machen.

Bebel (C.) wendet sich entschieden gegen eine solche Anordnung, die der Geschäftsordnung widerspreche und gegen alle Gewohnheiten des Hauses verstoße.

Staatssekretär Graf Posadowsky verzichtet daraufhin auf seinen Wunsch, erklärt aber, seine Erklärung dann entsprechend einzurichten zu müssen.

Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

Der Kompromiß-Antrag hat folgenden Wortlaut:
 Die Kommission wolle beschließen:

I. in § 1 Absatz 2 des Zolltarifgesetzes die nachfolgenden Mindestsätze einzusetzen: 1. Roggen 5,50 M. für den Doppelcentner, 2. Weizen und Spelz 6 M., 3. Gerste 5,50 M., 4. Hafer 5,50 M.

II. in den Zolltarif (autonomen Tarifs) einzusetzen: 1. Roggen 7 M., 2. Weizen und Spelz 7,50 M., 3. Gerste 7 M., 4. Hafer 7 M.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar.

Der Reichstag.

Herr v. Gohler hatte sich in ahnungsvollem Gemüth nicht getäußt, als er annahm, daß der Gumbinner Fall die Bewilligung seines Gehalts um mehrere Stunden hinauschieben würde. Der größte Teil der Mittwoch-Sitzung galt dem Thema der Militär-Strafsprozess-Ordnung und dem Fall Marten-Dinkel. Herr Roman sah als Angeklagter auf der Anklagebank und erlebte ein parlamentarisches Fiasko, wie es einem Regierungsvertreter selten zu teil geworden ist. Es war aber auch im vollen Maße verdient. Herr Roman ist der Typus des neu-deutschen Militärjuristen. Forsche und Schneidigkeit sollen über die innere Hohlheit hinwegtäuschen und die patentierte Gefinnung wird passend ergänzt durch die zur Schau gestellte Unterwürfigkeit nach oben. Man muß es gesehen haben, wie Herr Roman aufsprang, so oft sich Herr v. Gohler ihm näherte, um ihm einige Worte zu-

zusüßern. Herzgerade stand er da, die Haden zusammengeschlagen, die Hände an der Hosennaht. Angenehme Dinge dürfte ihm Herr v. Gohler kaum gesagt haben. Auf die Anweisung des Kriegsministers muß es zurückzuführen sein, wenn Herr Romen sich heute in seiner Erwiderung große Einschränkungen auferlegte. Herr v. Gohler wird wohl das Gefühl gehabt haben, daß die Blamage seines Untergebenen größer würde, je mehr er ihn reden ließe.

Der erste, der sich den Geh. Kriegsgerichtsrat vornahm, war Herr Gröber vom Centrum. Er wies dem Herrn Romen Satz für Satz nach, wie fadensteinig die Gründe waren, die er für die Wiederhaftung Nidels angeführt hatte. Von einer sofortigen Revision der Militär-Strafprozess-Ordnung wollte Herr Gröber aber, ähnlich wie gestern Herr Bassermann, nichts wissen.

Eine ausgezeichnete Rede hielt unser Genosse Haase, die von dem ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Der Centrumsjurist Trimborn hatte sich in nächster Nähe des Redners aufgestellt und nicht fast jedem Satz beifällig zu. Genosse Haase wies Herrn Romen haarscharf nach, wie oft er seinen Standpunkt in der Verteidigung der Wiederhaftung Nidels gewechselt hatte. Er stellte fest, daß bei der Wiederhaftung der Regimentskommandeur offenbar gar keine neuen Gründe gehabt hatte, ebenso wenig Herr v. Alten. Erst als die Presse Lärm geschlagen, habe man sich nach neuen Gründen umgesehen.

Großen Eindruck auf das Haus machte die Verlesung eines Telegramms des Verteidigers von Marten an Haase, in dem festgestellt wurde, daß die gestrige Behauptung Romens über die Auslage des Herrn v. Alten in der ersten Instanz vollkommen falsch gewesen sei. Auch auf die Randbemerkung des Kriegsgerichtsrats Meyer in den Akten ging Haase näher ein und spottete über die funktionslose Theorie, daß der Beweis dafür, daß ein bestimmter der Täter sei, dadurch erhöht werde, daß möglichst viele Zeugen vernommen würden, die erklärten, sie seien nicht die Täter. Unser Genosse führte die Kritik des Einzelalles hinüber zu einer Kritik des ganzen Systems der Militär-Strafprozess-Ordnung, deren Hauptfehler in der Verquickung von militärischem und juristischem Interesse liege. Er forderte deshalb unter lebhaftem Beifall die Beseitigung des Ausschusses der Öffentlichkeit und des Instituts der Gerichtsherren.

An die Seite unsres Redners traten die freisinnigen Redner Beck-Roburg und Müller-Reiningen. Herr v. Gohler hütete sich, auf die Einzelheiten des Falles näher einzugehen und sich in den Streit der Juristen zu mischen. Er suchte über den unangenehmen Fall, so gut es ging, hinweg zu kommen, und gab dabei zu, daß Versehen vorgekommen sein könnten, die ihre Erledigung finden würden. Er suchte die neue Militär-Strafprozess-Ordnung, so gut es ging, zu verteidigen.

Damit schloß diese Debatte, in der Herrn Romen auch nicht ein Verteidiger aus dem Hause erstanden war. Die rechte Seite hatte sich ganz in Schweigen gehüllt. Man konnte die interessante Persönlichkeit des Herrn Romen verlassen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er als Regierungsvertreter den Reichstag nicht mehr betreten wird.

Die weitere Debatte über das Gehalt des Kriegsministers wurde durch eine unfreiwillig humoristische Rede des Rommerzienrats Schumberger eingeleitet. Dann polemisierte der konservative Abg. Roön gegen Bebel. Obwohl er seine Rede sorgfältig vorbereitet hatte und große Teile derselben im Widerspruch mit der Geschäftsordnung vorlas, war er doch sehr hilflos.

Genosse Kunert kam dann nochmals auf die Frage zurück, wie groß denn eigentlich die Zahl der Militärmißhandlungen im Jahre 1899 gewesen sei. Er stellte dabei aus dem stenographischen Protokoll fest, daß der damalige Vertreter des Kriegsministers, v. Viebahn, angegeben hätte, daß 0,63 Proz. aller Mannschaften mißhandelt worden seien. Herr v. Gohler war angesichts dieser Tatsache in großer Verlegenheit; er räusperte sich und murmelte etwas von einem offensiblen Druckfehler des Stenogramms. Dann versprach er eine Statistik, die die Frage der Militärmißhandlungen völlig klarstellen solle. Als Bedanke für die Niederlage zog er wieder einmal gegen die Vaterlandslöslichkeit der Socialdemokratie vom Leder. Zwei unbedeutende Erwiderungen des sächsischen und bairischen Militärbevollmächtigten gegen Kunert bildeten den Schluß der Sitzung.

Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt. —

Das ungesunde Ausland.

Das Nationalbewußtsein eines Deutschen oder gar preussischen Agrariers richtet sich darin, daß er — alle ausländischen Produkte für ungesund erklärt. Wenn es der nationale Ehrenkodex schon verlangt, die Deutschen für Eder zu halten als alle übrigen Menschenkinder, so muß natürlich auch das nationale Rindvieh, das nationale Getreide, die nationale Kartoffel, der nationale Apfel vorzüglicher sein als irgend ein ausländisches Exemplar gleicher Art. Für das überdünge Nationalbewußtsein der Junker ist es eine ausgemachte Sache, daß ein Oxyge, der nur eine halbe Stunde jenseits der Grenze geboren ist, mit sämtlichen Krankheiten behaftet ist und nur darauf wartet, schwebliche Seuchen in das ungesunde Ostelbien hineinzuschleppen. Dahingegen freigt der preussische züchtende Oxyge in germanischer Kraft und Gesundheit. Ebenso ist ausländisches Obst mit der Schädlichkeit, sind ausländische Kartoffeln mit dem Stoloradoläfer behaftet. Würden die Agrarier nicht über unsre Gesundheit wachen, wir wären längst an dem ausländischen Nahrungsmittel-Biste zu Grunde gegangen. So aber werden wir vor dem ungesunden Auslande gnädig bewahrt, höchstens der Champagner aus Rheims darf als unverdächtig passieren.

Wir haben schon gestern auf die Besuche der preussischen Agrarier hingewiesen, auch die bairisch-österreichische Grenze — der Seuchengefahr wegen — zu sperren, obwohl Bayern auf die Zufuhr aus Oestreich ebenso angewiesen ist, wie die kleindärgerliche Bevölkerung der Bayern benachbarten Alpenländer, namentlich des Salzburgerlands und Nantens, fast ausschließlich von dem Viehverkauf nach Bayern existiert.

Die Deutsche Tageszeitung stellt heute — nach Mitteilungen des Herrn Ring-Düppel entwirrt — fest, daß im Jahre 1899 149 352, 1900 152 089 Stück Rindvieh aus Oestreich eingeführt worden seien. Das ist einmal eine äußerst geringe Einfuhr, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1900 der Rindviehbestand in Deutschland mehr als 19 000 000 Stück betrug, d. h. die Einfuhr beträgt noch bei weitem nicht 1 Proz. des inländischen Viehbestandes. Außerdem aber sind die amtlichen Zahlen niedriger. Es sind 1899 an Jungvieh, Ochsen und Kühen nur 133 374, 1900 nur 145 629 aus Oestreich eingeführt worden.

Weiter wird behauptet, daß allein nach Bayern 59 000 Stück Vieh eingeführt worden seien, infolge dessen seien Ende November vorigen Jahres in Bayern 469 Seuchen verzeichnet gewesen, während es in Preußen zur gleichen Zeit nur 45 verzeichnete Seuchen gegeben hätte. Ueberhaupt sei in Norddeutschland, infolge dieser konsequent durchgeführten Sperre fast Seuchenfreiheit eingetreten. Der Landwirt atmet auf, dankbar, daß dieser Zustand endlich herbeigeführt ist. Dagegen droht von Bayern ständig neue Seuchengefahr.

Ein größerer Seuchel ist nicht denkbar, als hier das agrarische Bist auszuführen mag. Gerade während der Sperren hat die Verseuchung ständig zugenommen. Von der Maul- und Klauenseuche waren betroffen in Deutschland:

Jahr	9 049 Seuchen	93 919 Rinder
1894	16 075	195 120
1895	68 874	710 481
1896	40 269	537 989
1898	41 551	462 078
1899	162 657	1 885 774

Nach wie sieht es mit der Verseuchung in Bayern und Preußen? In Bayern waren 1899 23 060 Seuchen mit 199 643 Rindern von der Maul- und Klauenseuche befallen, dagegen in Preußen 77 861 Seuchen mit 1 190 260 Rindern.

Auch diese Zahlen ergeben, daß der Seuchenherd gerade das so peinlich geschützte Preußen ist.

Schon am Dienstag hat in der bairischen Kammer der Minister v. Feilich die preussisch-agrarischen Angriffe auf die Vieheinfuhr nach Bayern energisch zurückgewiesen, indem er erklärte, daß in keinem einzigen Fall Seuchen aus Oestreich, dagegen wiederholt aus Preußen nach Bayern verschleppt worden seien. Am Mittwoch stellte der bairische Minister weiter fest, daß, während am 15. Januar noch 58 Seuchen in Bayern verzeichnet waren, dies am 31. Januar nur noch bei 31 Seuchen der Fall gewesen, daß also die Seuche nahezu erloschen sei. Die bairische Regierung wolle keinem Bundesstaate einen Vorwurf machen, daß er lässiger in der Verhütung der Seuchengefahr sei als ein anderer, und man müsse von der Voraussetzung ausgehen, daß jeder Bundesstaat in dieser Hinsicht voll und ganz seine Pflicht thue. Die Regierung wolle auch niemand davor, trotz im Norden vorkommener Seuchenfälle dort Vieh anzulassen. Sie verlange aber hierin Reciprocity und stehe im übrigen auf viel zu bundesfreundlichem Standpunkt, als daß sie zu Gunsten Bayerns irgend eine Warnung gegen andere Bundesstaaten erlassen wolle.

Das ist deutlich. Bayern dreht den Spiegel um und erklärt — und zwar mit Recht — Preußen für ein höchst unge sundes Ausland, gegen das man sich eigentlich schützen müsse.

Deutsches Reich.

Der Zolltarif. Während in der Zollkommission weitere Regierungserklärungen mit Spannung erwartet werden, nehmen denken die Erörterungen über die Zukunft der Zolltarif ihren Fortgang.

Herr Dertel sprach am Dienstag im Berliner konservativen Wahlverein. Was er sagte, wäre an sich nicht bemerkenswert, da er im allgemeinen nur seine Ansichten gegen die Regierungsvorlage aus der „Deutschen Tageszeitung“ wiederholte, aber nach dem vorliegenden Bericht will er in der Lage gewesen sein, über die Stellung der konservativen Partei eine Mitteilung zu machen. Er sagte:

„Der Tarifentwurf ist nicht nach dem Muster einer vernünftigen Hemtopolitik gemacht. Sie dürfen darum überzeugt sein — und darin ist sich die ganze konservative Partei einig — daß wir beschließen haben, diesen Zolltarif, wenn er nicht anders gestaltet werden könnte, abzulehnen! Was der Industrie auf der einen Seite gewährt wird, tritt auf der andern für die Landwirtschaft als Belastung auf. Das Plus, das ihr geboten wird, kommt nicht in Betracht, so daß eigentlich für die Landwirtschaft in Wahrheit ein Minus heraustritt. Der Zolltarif, wie er ist, bleibt unannehmbar für uns!“

Man soll diese Ausführungen des bündlerischen Redners nicht mißverstehen! Diesen Zolltarif werden die Konservativen nicht annehmen. Aber Herr Dertel hat nicht verraten, welche Änderungen, ob erhebliche oder unerhebliche, nötig sein werden, um die Vorlage für die Konservativen annehmbar werden zu lassen.

Verzichtet man auch werden, wie Herr Dertel über die Ansichten des Zolltarifes im Reichstag denkt; hierüber bemerkt er:

„Man sagt auch, wir sollten nachgeben, denn sonst würden ja die nächsten Wahlen unter der Zollparole ausgeschrieben werden. Auch das geht über unsre Kräfte. Die nächsten Wahlen werden auf jeden Fall unter der Zollparole stehen. Glaubt man denn, daß die Gegner von ihrer Obstruktion ablassen und die Sache nicht so lange hinauszuziehen versuchen werden? Die Regierung könnte ja, wenn sie wollte, eine Beschlusseinigung eintreten lassen; aber dieser Weg erfordert Nerven und parlamentarische Rücksichtslosigkeit. Darum werden die Wahlen 1903 unter allen Umständen unter dem Zeichen des Zolltarifs stehen.“

Herr Dertel hat der Regierung, sicherlich zu ihrem großen Bedauern, nicht mitgeteilt, welcher Art „parlamentarische Rücksichtslosigkeit“ sie überlassen, um die Obstruktion zu überwinden. Vielleicht bewahrt er dieses Geheimnis hinter der leuchten weißen Weste im Bewußtsein, daß diese Rücksichtslosigkeit zunächst einmal die agrarische Obstruktion treffen müßte. Im übrigen hat Herr Dertel recht, daß die Zollopposition sehr einverstanden wäre, wenn die Frage des Brotwuchers dem Reichstagswählern vorgelegt wird.

In konservativen Kreisen scheint man jetzt als Trümpf zu Gunsten der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle über die Regierungsvorlage hinaus die Drohung in verstärktem Maße anwenden zu wollen, daß die Konservativen gegen die Erhöhung der Industriezölle stimmen würden, wenn die Industrie die agrarischen Forderungen nicht erfülle. Die „Kreuzzeitung“ sagt heute in einer Polemik gegen den Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller:

„Nicht die Lodungen der Freihändler“ sind es, die uns gegen die Erhöhung der Industriezölle einnehmen. . . Die Konservativen werden um ihrer Selbsterhaltung willen gegen jede Erhöhung der Industriezölle stimmen, wenn ihnen nicht das erforderliche Äquivalent für die Landwirtschaft geboten wird. In diesem Sinne hat sich jetzt die Sachlage vollständig geklärt, und die beweglichen Willen des Herrn Sued werden nichts mehr daran ändern.“

Altkönigsström Erbe — agrarische Rowdies.

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

In Kreise Ostpreußen — Gerdauen — Friedland, wo der Tod des Grafen Altkönigsström eine Erbschaft erforderlich machte, die schon auf den 18. März festgesetzt wurde, ist der Wahlkampf entbrannt. Alle drei in Frage kommenden Parteien haben Gutsbesitzer als Kandidaten aufgestellt. Dem Genossen Ehardt-Kommerow stehen der Freisinnige Dulz und ein ganz extremer Brotervertreuer, der Rittergutsbesitzer und Landtags-Abgeordneter v. Rauter-Kanathen gegenüber. Für den letzteren verbürgt sich das aus Vertretern der Konservativen und des Bundes der Landwirte bestehende Wahlkomitee in einem Wahlaufsatz, daß er „in die Fußstapfen seines Vorgängers, der ihm nicht nur als nächster Nachbar, sondern auch politisch eng befreundet war, treten wird“.

Mit der eigentlichen Wahlkämpf haben natürlich unsre Genossen zuerst begonnen. Am Montag wurden die Städte sowie fast alle Güter und Dörfer des Wahlkreises mit Flugblättern und Stimmzetteln belegt. Da nur wenige Personen aus dem Kreise sich an der Agitation beteiligen können, waren gegen 140 Königsberger Genossen hinaus geschickt. In den Städten ging die Verteilung ohne jeden Zwischenfall ab. So früh hatte man die Socialdemokraten nicht erwartet. Infolge dessen war die Arbeit schon gemacht, ehe etwa vorhandene liberale Beamte aufmerksam

wurden. Die Aufnahme unsrer Leute war durchweg eine gute. Bei den Landarbeitern fanden unsre Genossen die beste Stimmung und überall kam man ihnen mit Freudigkeit, ja Begeisterung entgegen.

Nur ein einziger Genosse machte böse Erfahrungen. Im Dorfe Muhlack bei Rastenburg rief ein größerer Besitzer zwei Flugblattverbreiter ins Haus und versetzte dann dem einen Genossen blühend mit einer schweren eisernen Oefenröhre zwei wuchtige Hiebe. Trotzdem die Schläge durch den dicken Lederzieher etwas abgehalten wurden, trug der so gemein Ueberfallene am rechten Arm eine schwere, stark blutende Wunde und am linken Arm zwei leichtere Verletzungen davon. Dorfbewohner verbanden ihn nachher. Der Staatsanwaltsschast ist von dem Ueberfall Anzeige gemacht.

Von den Agrariern wird nur die Socialdemokratie als ernsthaft in Frage kommende Gegnerin betrachtet. In dem oben erwähnten Wahlaufsatz derselben heißt es unter anderem:

„Nehre denn je ist es patriotische Pflicht, in den Wahlkampf einzutreten, da die einzige Feindin, die Socialdemokratie, nachdem sie auf einen weiteren Zuwachs in den großen Millionenstädten verzichtet haben, sich mit allen Mitteln auf unsre, leichter irre zu fuhrende ländliche Bevölkerung stützen wird, und dies um so gewalttätiger, als sie zur Zeit nirgendwo in gleiche Kämpfe verwickelt ist.“

Die Freisinnigen werden als so wenig bedeutsam betrachtet, daß ihnen nahe gelegt wird, auf einen eigenen Kandidaten von vornherein zu verzichten. An die „liberalen Mitbürger“ wird die „herzliche Bitte“ gerichtet, den — Brotwucherer zu wählen. Sehr schmeichelhaft ist die Innung für die Liberalen nicht, aber nach den Stichwahlvorgängen in Remel nicht unbegründet. —

Zur Ausführung des § 21 des Fleischbeschaugesetzes veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ eine am 1. Oktober in Kraft tretende Verordnung des Bundesrates, welche die Verwendung von Bor säure und deren Salzen, Formaldehyd, Allkali- und Erd-Allkali-Hydroxyden und Carbonaten, Schwefeliger Säure und deren Salzen sowie unterschwefeligen Salzen, Fluorwasserstoff und dessen Salzen, Salpetersäure und deren Verbindungen sowie Chlorzuren Salzen verbietet. Das Verbot gilt auch für Farbstoffe jeder Art, jedoch unbeschadet ihrer Verwendung zur Gelbfärbung der Margarine und zum Färben der Buchschillen, sofern diese Verwendung nicht andern Vorschriften zuwiderläuft.

Die Potsdamer Duellrede. In Sachen der angeblichen Neuherungen des Kaisers über das Duell, die die „Potsdamer Zeitung“ am 9. Dezember veröffentlichte, ist mindehst eine Forderung erhoben und Termin auf den 12. März, vormittags 11 Uhr, vor der ersten Strafkammer in Potsdam angelegt. Angeklagt sind: 1. Redacteur Paul Groß, 2. Buchdruckereibesitzer Fritz Stein in Potsdam, und 3. der Geheimne Rechnungsrat Julius Steinbach in Potsdam. Die Anklage lautet auf Verleumdung der beiden Lieutenant v. Kessel und v. Gohler aus § 188 des Strafgesetzbuches. —

Wie das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ berichtet.

Unser Londoner Korrespondent teilt uns mit: Letzten Sonnabend verbreitete das „W. T. B.“ folgende Nachricht:

Washington, 14. Februar. Im Repräsentantenhause rief Wheeler (Kentucky) Sensation hervor durch eine Rede, in welcher er schwere Vorwürfe erhob gegen die Administration des Staatsdepartements in Verbindung mit, wie er es nannte, der jüngsten Enthüllung über die Haltung Großbritanniens gegenüber den Vereinigten Staaten.

Soweit diese Nachricht geht, ist sie richtig. Aber warum hat das „W. T. B.“ die andre Hälfte von Wheelers Rede verschwiegen? Der demokratische Redner wandte sich nämlich sodann gegen den bevorstehenden Besuch des Prinzen Heinrich von Preußen. Er sprach von ihm in einem nichts weniger als monarchischen Gefühle. Er schloß: „Warum sollte sich die amerikanische Nation dem Lakaienamt der gegenwärtigen Administration anschließen?“

Der republikanische Abgeordnete Mr. Grosvenor besagte die „inopportune Rede“ Wheelers und sagte: „Die Rede wird morgen — am Vorabend der Abreise des Prinzen — als eine Volksschaft des amerikanischen Volkes in Kiel gelesen werden.“ Worauf Wheeler heftig antwortete und gegen den offiziellen Empfang des Prinzen protestierte.

Kein Wunder, daß das patriotische W. T. B. nur einen Teil der Rede brachte. —

Das Versammlungsrecht in Sachsen-Weimar. Aus Weimar wird uns geschrieben: Der Landtag beschäftigte sich am Montag, wie bereits telegraphisch gemeldet, mit einer Eingabe des socialdemokratischen Vereins in Eisenach, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht. Der Verein protestierte gegen die fortwährenden Versammlungsverbote und bezeichnete das Vorgehen des Bezirksdirektors Guden-Adenhausen geeigneter zur Verhütung der einzelnen Volksschaften, als wie dies durch das Stattfinden von socialdemokratischen Versammlungen geschehen könnte.

Die Debatte war sehr ausführlich und des öfteren erregt. Unse Genossen, die Abg. Reibt und Wandert, geistelten das Vorgehen der Behörden in der schonungslosesten Weise. Ein gegen den Reichstags-Abgeordneten Hücher-Hamburg eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen Majestätsbeleidigung sei auf Grund einer gemein- und niederträchtigen Demagogie erfolgt, und es habe den Anschein, als wenn man mit solchen Mitteln gegen die „Ausländer“ in Sachsen-Weimar vorgehen wolle, abgesehen davon, daß eine derartige Behandlung der Ausländer gegen Art. 3 der Reichsverfassung verstoße.

Außer den Freisinnigen erklärten sich auch die Nationalliberalen für die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Die Regierung befrucht, daß anarchische, ungesellige Zustände im Lande durch die Beamten geschaffen wären, von Schmitt-Geleit könne keine Rede sein. Wenn die Regierung an eine Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts gehe, würde das Geseh so werden, daß Socialdemokraten und Freisinnige keine Freude daran haben würden.

Der Abg. Wandert erklärte hierauf, daß während des Socialisten-gesetzes die Socialdemokraten in Sachsen-Weimar nicht so rechtlos behandelt worden wären wie gegenwärtig. An der Regierung liege es, ob die Socialdemokraten gegenüber dem neuen Geseh eine ähnliche Stellung einnehmen würden, wie sie damals im Reichstagsge gegenüber dem Socialistengesetze in dem Wort: „Wir pfeifen auf dies Geseh!“ zum Ausdruck gekommen sei.

Schließlich wurde der Antrag des Ausschusses: „der Landtag wolle beschließen, die Eingabe des socialdemokratischen Vereins zu Eisenach der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überreichen, zugleich mit dem Ersuchen, dem Landtage baldmöglichst einen das Vereins- und Versammlungsrecht regelnden Beschlusse vorzulegen“, einstimmig angenommen, trotzdem noch vor einem Jahre ein ähnlicher Antrag keine Mehrheit fand.

Ein „milder schwerer“ Fall. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen, begangen während der Ausübung des Dienstes, hatte sich vor dem Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 zu Dresden der 25 Jahre alte Interoffizier Hesselbarth von der 6. Batterie des 4. Feldartillerie-Regiments Nr. 48 zu Weizsäcker. Trotz seiner zahlreichen disciplinaren Vorstrafen wird seine Führung als „gut“ bezeichnet. Der Angeklagte hat, wie er selbst zugiebt, am 18. Januar cr. beim Geschützgerieren dem Kanonier Osad einen Fußtritt gegen das Geseh verübt, der so unglücklich traf, daß der Wisthandelte gleich zusammensank und längere Zeit Schmerzen empfand. Der Angeklagte will sich dadurch haben zur That fortreiben lassen, daß Osad den weislich erteilten Befehl, länger heranzutreten und schneller zurückzuziehen, nicht nachgekommen ist. Osad behauptet, er habe den Befehl nicht an-

führen können, weil er sich zwei Finger verstaucht hatte. Der Gerichtshof sah den Fall als einen „wider schweren“ an und kam infolgedessen zu einem milden Urteil. Die Strafe lautete auf 14 Tage Mittelarrest.

Ein gefallener Centrums-Mitglied.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Der frühere Leiter des „Katholischen Volksfreund“ und nachherige Gründer des ebenfalls ultramontanen „Münchener Volksfreund“, Herr Hubert Jmmelen, ist seit kurzem ein toter Mann. Im politischen, christlich-gesellschaftlichen und publizistischen Leben Kathens hat er eine große, vielleicht bestimmende Rolle gespielt.

Man hatte Herrn Jmmelen schon lange in Verdacht, daß er, der in seinen Reden und mit der Feder so warm für Sittlichkeit, Religion und Heiligkeit der Ehe einzutreten verstand, insgeheim ein arger Sünder wäre. Aber wie so vielen Seinesgleichen, konnte man ihm nichts beweisen. Seinerzeit wurde ihm aufs bestimmteste nachgesagt, daß er, der Ehemann und Familienvater, unter dem Pseudonym „Pelzer“ Liebeshändel pflege. Aber der klare Nachweis ließ sich nicht erbringen, und so kämpfte Herr Jmmelen an der Spitze der Katholischen Centralpartei wieder weiter wider die angebliche Ehe und Familie zerstörende Socialdemokratie. In diesem Kampfe schenkte er vor keinem Mittel der Verunglimpfung und Verleumdung des politischen Gegners zurück. Die Sprache, die seine beiden Blätter in der Polemik führten, dürfte in der deutschen Presse, einschließlich der raddau-antimilitarischen, hinsichtlich der Rüpeltätigkeit beispiellos sein. Dabei hat er stets sehr fromm und glänzte bei kirchlichen Feiern mit Kerze, Gebetbuch und Rosenkranz.

Das alles hat nun ein Ende. Vor vielleicht zwei Wochen erschien Herr Jmmelen in einem Ehescheidungsprozeß als Zeuge. Als er von dem Richter gefragt wurde: ob er mit der Ehefrau des auf Echeidung klagenden Mannes geschlechtlichen Verkehr gepflogen habe, da gab der fromme Mann nach einigen Zögern die **Möglichkeit (!)** zu. Unser Katholischer Partei-Organ, dem diese Angaben entnommen sind, meint mit Recht: Demnach scheint der Verkehr Jmmelens mit dem andern Geschlecht derart umfangreich zu sein, daß sein Gedächtnis für die einzelnen Fälle nicht genügt.

Als Zeuge für eine künftige lex Heinze verdient die Angelegenheit gebüht zu werden.

Ausland.

Das Blutbad in Triest

Hatte am Dienstag unsere österreichischen Genossen im Parlamente veranlaßt, folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen:

1. Die Regierung wird aufgefordert, den über Triest und Gebiet verhängten Ausnahmezustand sofort aufzuheben;

2. Die Regierung wird aufgefordert, den Statthalter von Triest, Herrn Grafen Goss, sofort vom Amte zu suspendieren;

3. Die Regierung wird aufgefordert, das Geeignete zu veranlassen, damit das in Triest proklamierte Ständrecht sofort aufgehoben werde.

Der Antrag wurde von dem Genossen Dr. Ellenbogen begründet. Bevor er zu sprechen begann, verließ Dr. Lueger den Saal. Unsere Genossen riefen ihm nach: Der Bürgermeister geht zum Frühstück, die Toten werden ihm beim Male zuzufinden.

Abg. Dr. Ellenbogen erklärt, es sei noch nie in so triebvoller Weise ein Ausnahmezustand verhängt worden wie diesmal über Triest. Er bespricht zunächst die Ursachen des Streiks der Loh-Geiziger, erörtert die einzelnen Forderungen derselben und weist darauf hin, die Triester Bevölkerung habe es nicht begreifen können, daß man den Hezern, die fünf Monate vom Hause fern gewesen waren, nicht gestatten wollte, während der Tage ihres Aufenthalts im Hafen aus Land zu gehen und ihre Angehörigen zu besuchen. Die ganze Bevölkerung Triests sei daher auf Seite der Streikenden gewesen.

Redner kommt dann zur Schilderung der Zusammenstöße mit dem Militär, tadelt das Vorgehen des Militärs und erzählt, daß Oberleutnant Köppl, als das Militär die Menge mit dem Bajonett angriff, den Säbel gezogen und einer Frau die Brust abgeschlagen habe. Daß Oberleutnant Köppl infolge eines Steinwurfes ohnmächtig geworden sei, befreit der Redner, es sei ihm bloß die Koppe vom Kopfe gerissen worden, und darauf habe er den Befehl zum Schnellfeuer gegeben. Oberleutnant Köppl konnte schon darum nicht ohnmächtig sein, weil er von zwei Leuten, die sich an ihn herandrängten, um seinen Namen befragt worden sei und denselben angegeben habe. Das sei aber noch nicht alles. **Zwei Arbeiter**, die von der übrigen Menge getrennt, unter den Umständen des Kommunal-Theaters standen, seien von Soldaten niedergeschossen worden. (Rufe bei den Socialdemokraten: Das ist Nord, Herr Ministerpräsident! Großer Lärm im Hause.)

Abg. Bernerstorfer ruft: Die Ordnungsbefehle wird sich doch hier im Hause zusammenfinden!

Abg. Dr. Ellenbogen (fortfahrend): Vier Menschen wollten die Leiche eines Erschossenen forttragen. Die **keinerliche Soldateska trieb sie zurück**. Sogar die Leute vom roten Arzenei wurden von der Soldateska mit dem Bajonett vertrieben. Selbst im Feindeslande hätte man nicht ärger haufen können. Einen Tag, nachdem all dies geschehen war, kam ich in Triest an. Ich und mein Begleiter, der Sekretär der Organisation der Arbeiterschaft, gingen zum Statthalter, um ihn zu ersuchen, er möge das Militär zurückziehen. Er antwortete uns mit Entschiedenheit: „Auf Ihren Rat in diesen Dingen verzichte ich.“ Dieser hochwürdige Aristokrat kann es nicht begreifen, daß ein Mensch mit seinem Mitmenschen Mitleid hat. Es verknüpfte den hohen Herrn, daß ein anderer auch Autorität besitzt, und als wir verlangten, er möge uns die Abhaltung von Versammlungen gestatten, lehnte er dies ab. Der Bericht, den der Herr Ministerpräsident hier verlesen hat, nicht offenbar vom Statthalter her. Der Statthalter selbst erklärt, daß die eigentlichen Exzessanten die Mutatia waren, d. h. die Triester Gassenjungen. **Also gegen diese war es nötig, das Militär in Bewegung zu setzen**. Redner bestreitet, daß die Leute gezwungen wurden, schwarze Fahnen auszuhängen.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber: Das ist nicht abzustreiten. Sie sind gezwungen worden.

Abg. Dr. Ellenbogen (fortfahrend): Selbst eingeschlagene Fehner, Herr Ministerpräsident, **verlangen nicht die Todesstrafe**. Nachdem schon der Friede geschlossen war, ließen die Behörden die schwarzen Fahnen entfernen. Ich selbst sah noch die Soldaten mit dem Bajonett gegen die Menge losgehen und sie in die Straßen zurücktreiben. Als ich dieses Vorgehen sah, sagte ich zu meinem Begleiter: „Heute dürfte noch einmal geschossen werden“, und in der That kam es zu Exzessen in der Via Caterina. Die Menge war erregt, sie sah in jedem Soldaten einen Mörder und stellte sich daher den Soldaten entgegen. Es ist nicht wahr, daß die Sache vorbereitet war, daß Steine und Eisenstücke mitgebracht wurden.

Redner nimmt aus einer Papierhülle einen mit Strafenot bedeckten schwarzen Filzhut heraus und zeigt, wie derselbe von **Angeln durchbohrt** ist. An dem Futter des Hutes **leben noch Wehrteile**. Redner hebt den Hut in die Höhe und ruft: „Hier, Herr Ministerpräsident, ist die Siegestrophäe Ihres Statthalters; er hat über die Gassenjungen gefiegt. Während dieser ganzen Tage wurde in Triest das **Eigentumsrecht nicht verletzt**. Dennoch wurde in Triest das Ständrecht publiziert, und die Gassenjungen beugten sich. Aus diesem furchtbaren Kontraste mögen die Herren sehen, daß man zu tief in das Arsenal der modernen Waffen gegriffen hat. Alle diese Maßnahmen der Behörden waren nicht nötig. Ein Hauptmann, der an einem der Tage mit einer Abteilung Soldaten auf der Straße

stand, kommandierte, als die Menge vom Theater zurückkehrte: „Recht Euch!“ und marschierte ab. Wären die andren Kommandanten in ähnlicher Weise vorgegangen, so wäre das ganze Unglück vermieden worden.“

Der Korruptionsroman von Messina.

Rom, 14. Februar 1902.

Die Enthüllungen in der Skandalaffäre von Messina betreffend die Marquise von Cassibile dauern an.

Der Vorwurf, die handelnden Personen, das Milieu scheinen mehr der schöpferischen Feder eines Balzac als dem realen Leben zu entstammen. Die alte Marquise, die das Dasein und das Testament des Gatten überlebt hat, bigott und geizig, launenhaft und rachsüchtig, unmaßstäblich in der Ausführung ihrer Pläne; die Advokaten, die, gierig nach hässlichem Ruhm, auf diese Fehler der alten Marquise spekulieren, sie in ein dichter-maschiges Netz von Schwindeln und Delikten einwickeln, in dem sie sich schließlich zusammen mit der Alten selbst verfangen, und dann last not least, um Advokaten und Klienten herum der Pflaue, der Komplotte organisiert, der Notar, der falsche Protokolle aufnimmt und falsche Zeugnisse autorisiert, und schließlich politische Personen, die Expreßler sind, hochgestellte Helferinnen, von denen ein jeder, je nach seinem individuellen Wert, seinem Einfluß und seiner Geschicklichkeit, den Versuch machte, die Richter zu bestechen. Das Interesse, die Seele und die Grundlage dieses ausgebreiteten und komplizierten Lustromanes, der sich um ein falsches Testament dreht, ist das Testament des Gatten der Marquise, eines Millionär-harpagons, eines Erzbigotten, der wie die Chronik berichtet, sein Leben damit zubachte, Gebete zu pflücken und Renten aufzukäufen, die schließlich in den Taschen des infamsten Parasitengefindels am gesellschaftlichen Körper ihr ruhmloses Ende fanden.

Hier mögen mit wenigen Worten die Thatsachen folgen:

Der Marquis von Cassibile, ein mehrfacher Millionär, lebte bei seinem Tode durch eigenhändig geschriebenes Testament als Erben den Herrn Gaetano Puligo Loffredo ein. Aber da erscheint seine Gattin, geborene Baronessa Maria Caterina Gioppa auf der Wildsacke und produziert eine Testamentsurkunde in Höhe von 240 Tausend Lire zu ihren Gunsten vom Marquis angefertigt.

Bermittelt einer andern päpstlichen Intrigue sollten diese 240 Tausend Lire für den Kardinal Guarim behufs Erbauung einer neuen Kirche bestimmt sein.

Als Zeugen bei diesem Testamentsakt, — aufgenommen durch den Notar Tricomi Ciomolo — figurierten der Kaufmann Roscona und ein gewisser Carrado Langa.

Der Universalerbe griff diesen Testamentsakt als gefälscht an; die Folge davon ein Strafprozeß gegen die Marquise Cassibile und Genossen.

Das Tribunal erläßt am 14. April 1899 ein Erkenntnis, nach dem das Verfahren eingestellt wird, der General-Staatsanwaltschaft Carpalati legt Berufung ein; die Anklagekammer modifiziert das Erkenntnis und spricht die Angeklagten im Juli wegen ungenügenden Beweises frei. Die Verteidiger der Marquise appellieren, die Berufung wird angenommen und der Prozeß vor das Appellationsgericht verwiesen.

Währenddessen kommt es zwischen den Erben und der Marquise zu einem Vergleich, und die letztere wird wegen Nichtbestehens eines Reales freigesprochen.

Vor dem Tode des Erblassers war schon dessen Bruder, der Millionär-Kanonikus Loffredo verstorben. Es findet sich ein Testament vor, das den Marquis zum Universal-Erben einsetzt. Doch hat es den Anschein, daß der Kanonikus sein Testament ungenügend und ein neues zu Gunsten seines Neffen, des Kanonikus Cor. Strino Galletti, verfaßt habe, welches letztere von der Marquise unterschlagen worden ist.

Schließlich macht noch die Herzogin von Minervino Ansprüche geltend auf 1000000 Lire, die ihr von der Nachfolgerschaft des Marquis infolge eines Kodikils zukamen. Jedoch hat die Marquise nicht zahlen wollen, und es ist schon ein Prozeß wegen Unterschlagung eines Dokuments und Fälschung anhängig.

Das ist die Geschichte, die wegen Betrug zur Verhaftung der Marquise, von drei Advokaten und eines Pfaffen geführt hat; wegen Testamentunterschlagung und Fälschung bei der Gräfin, wegen Fälschung bei einem Notar und drei Abenteurern, und wegen Bestechung bei einer Dame der hohen Gesellschaft.

Hingru kommt die gewichtigere Seite von allgemeinem Interesse die verurteilte und erfolgte Bestechung der Richter.

Neu Advokaten und jener Pfaffe haben thätiglich die Marquise um verschiedene Zehntausende von Lire erleichtert, indem sie sie versicherten, vermittelt ihres Einflusses ihre Freisprechung in den von den Erben des Marquis gegen sie angestrebten Fälschungsprozessen durchsetzen zu können.

Zug thätiglich Bestechung vor? So viel steht fest, daß die Briefe des Pfaffen, die Gelder verlangten und zu gleicher Zeit die Freisprechung versicherten, in ihrem Datum mit den Daten der freisprechenden Urteile zusammenfielen.

Außerdem scheint aus den mit Beschlag belegten Briefen hervorzugehen, daß der erste Untersuchungsrichter Ricale von der Marquise 5000 Lire erhalten hat, und daß der Appellations-Gerichtsrat De Vecchi von ihr 80000 Lire verlangte. Nach den Enthüllungen hat De Vecchi verlangt, zur Disposition gestellt zu werden; andre Richter sind angeklagt, die Prozedur des Prozesses aufgehalten zu haben.

Als Vermittler und Hauptkämpfe der Abenteurer, welche die Marquise und die hohe Gerichtsbarkeit sich zu Nutzen zu machen suchten, ist der ehemalige Abgeordnete Baron Ciancio angeklagt.

In allen diesen mutigen, mit Dokumenten belegten Enthüllungen hat die sozialistische Zeitung „Il Proletariato“ eine große Rolle gespielt.

Italien.

Eine Ministerkrise ist in Italien ausgebrochen. Der Arbeitsminister Giuffrè hat demissioniert, da er als guter Katholik mit dem von der Regierung vertretenen Ehescheidungsrecht nicht einverstanden ist. Der Ministerpräsident Zanardelli soll erklärt haben, daß mit oder ohne Giuffrè die Ehescheidungsreform Gesetz werde. Als Nachfolger des scheidenden Ministers wird Forzè genannt. Einstweilen werde Zanardelli interimistisch das verwaltete Ressort verwalten.

Spanien.

Die Unruhen in Barcelona

und ganz Kataloniens sollen nach einem Madrider Telegramm einen „immer bedrohlicheren Charakter“ annehmen.

Trotz der Zensur erfährt man, daß gestern wieder **neue Kämpfe** stattgefunden haben. Viele Tote sind auf dem Plage geliebert, mehrere Hundert Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Aufständigen hoben die Straßenbahnwagen aus den Schienen und verurteilten Eisenbahnzüge aufzuhalten. Die Zeitungen von Barcelona können nicht mehr erscheinen. Die Truppen sind vielfach beschossen worden. Die Behörden verlangen weitere Verstärkungen. Die Zahl der Aufständigen beträgt **100000**. Patrouillen durchziehen fortgesetzt die Straßen und treiben alle Ansammlungen von Menschen, wo solche sich bilden, sofort auseinander. Auf den Märkten sind gestern keinerlei Waren eingetroffen; es fehlt an Brot und Fleisch. Auf der Granvia kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Aufständischen und Militär, wobei von beiden Seiten **gefeuert** wurde. Zwei weitere Regimenter Infanterie sind hier eingetroffen.

Die Kammer beschloß am Dienstag, die befähigungsmäßigen Garantien für die Provinz Barcelona aufzuheben.

In Laufe der Beratung wußte der Republikaner Lerroux, welcher die Vorlage bekämpfte, der Regierung vor, sie beschäftige sich nicht mit der sozialen Frage.

Der Aufstand in Barcelona sei nur eine Einzelercheinung derselben. Redner tadelt es, daß man die Truppen gegen die Arbeiter und nicht gegen die Arbeitgeber aufgeboden habe, welche die Verantwortung für die Unruhen trügen. Der Minister des Innern Gonzalez erklärte, die Regierung habe alles gethan, um die Unruhen zu verhindern und sei entschlossen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, die Freiheit der Arbeit (!) zu schützen und jede Ausschreitung zu verhindern. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, sagte Sagasta, was sich in Barcelona ereignet habe, sei auch in andren Ländern vorgekommen. Die Regierung habe bereits 600 Auszubende, und darunter 170 sehr bedeutende, beilegt und werde mit Energie handeln.

Am Mittwoch beschloß die Kammer, die **Verhängung des Belagerungszustandes auf alle Provinzen auszudehnen**. — In Barcelona sollen an verschiedenen Stellen Barrikaden errichtet werden. Die Zahl der bis jetzt Gefallenen wird auf 15 angegeben.

Auch aus mehreren andren Orten werden schwere Unruhen gemeldet. In Sabadell sollen die Aufständischen ein Kloster sowie mehrere Zöllhäuser verbrannt haben. Ein Geheimagent, der speziell mit der Ueberwachung der Anarchisten betraut war, wurde durch Revolvergeschosse verwundet. Auch in Barcelona kam es zu Zusammenstößen zwischen Aufständischen und Gendarmen. Eine Person wurde getötet, drei verwundet. In San Martin de Prodenali wurden drei Personen getötet und ebenso viele verwundet.

England.

Der anglo-japanische Vertrag.

London, 16. Febr. (Orig. Ber.)

Die Genehmigung über den Vertrag mit Japan ist hier eine fast allgemeine. Der Boerenkrieg hat den Engländern ihre „glänzende Einseitigkeit“, auf die sie so stolz waren, doch etwas unheimlich gemacht. Sie versuchten es zuerst mit Deutschland und schlossen mit ihm einen Vertrag in Bezug auf China ab. Es scheint indes, daß man in Downing Street zur Ueberzeugung gelangte, daß auf christliche Staaten kein Verlaß sei. Wollen sich also die Christen in ihrer Verbreitung von Civilisation und Gerechtigkeit nicht helfen, so muß man zu den Heiden greifen. Diese werden wohl eher Wort halten und Verträge achten als die Christen, die gleichzeitig gegen den Feind und mit dem Feinde Verträge schließen.

Die Freude über den Vertrag mit Japan zeigt gleichzeitig den ganzen blassen Unsin der englischen Kolonialpolitik. Die Bevölkerung der indischen Dependenz ist siebenmal so groß, wie die Japans. Was für eine gewaltige Macht hätte England an Indien, wenn dieses nicht ausgeraubt, gefesselt und geschwächt worden wäre! Wie viele Japans hätte England in Indien schaffen können!

Dieser Imperialismus würde sich am Ende besser bezahlt haben, als die vulgäre imperialistische Politik, die schließlich froh sein muß, mit Japan ein Bündnis abgeschlossen zu haben.

Und das britische Weltreich steht gegenwärtig in Bewunderung von Salisbury's diplomatischem Genie. Man sagt sich: „Der Vertrag wird sich überall fühlbar machen. Er befreit das Reich von jeder Sorge um den „fernen Osten“. Wir haben uns den Nutzen einer der mächtigsten Flotten und der besten Häfen erworben. Es ist beinahe lächerlich, noch jetzt an einen Angriff von seiten Deutschlands oder Russlands zu denken. Auch der Persische Meerbusen ist uns jetzt hundertmal sicherer als früher. Rußland ist im Stillen Ocean isoliert. Wir können unsere Arbeit in andren Weltteilen ruhig fortsetzen.“ Das heißt, die Boeren ungestört vernichten.

Derjenige Teil der Presse, der bis jetzt eine gewisse Deutschfreundlichkeit zur Schau trug, hat seinen Ton ganz geändert. Die „Saturday Review“ schreibt: „Was Deutschland betrifft, so haben wir wenig Grund, uns darüber Gedanken zu machen, denn wir haben wenig Ursache, seine Gefühle zu berücksichtigen. Wir können seine wegen nicht das Spielzeug Russlands sein. Dieser Vertrag wird Deutschland in vernünftigen Grenzen halten.“

Lord Rosebery in Liverpool.

London, 17. Februar. (Sig. Ber.)

Am 14. und 15. d. Mis. war Lord Rosebery der Gast der Bevölkerung von Liverpool. Er hielt dort nicht weniger als acht Reden, zwei derselben von ziemlich großem Umfang. Wir wollen besonders drei Bemerkungen hervorheben, die der allgemeinen Beachtung wert sein dürften. Die erste betrifft die Parteipolitik an sich. Sie lautet: „Wenn Sie mich fragen sollten, ob mein Programm uns sofort oder in der nächsten Zukunft zur Macht führen würde, so müßte ich diese Frage verneinen. Es ist besser, zehn, zwanzig oder dreißig Jahre zu warten, um dann zur wirklichen Macht zu gelangen, — zu einer Macht, die unvermischt und unbeschmutzt durch Kompromisse ist, — als durch eine Koalition sich widersprechender Elemente und Ideen schon morgen im Amte zu sein.“ Das sind goldene Worte eines durch lange Erfahrungen weise gewordenen Staatsmanns.

Die übrigen zwei Bemerkungen betreffen den südafrikanischen Krieg. Sie sind sehr lothig gefaßt. Rosebery sagte: „Auf die holländische Note antwortete die Regierung, sie sei bereit, von den Führern im Felde Vorschläge entgegenzunehmen. Dieselbe Regierung, die diese Antwort gab, hat aber durch ihre Proklamation vom 15. September 1901 die noch unter Waffen stehenden Boerenführer zur Verbannung verurteilt. Der Weg zu Friedensvorschlägen ist ihnen also abgeschnitten worden.“

Schließlich sagte der Redner: „Im letzten, von der Regierung veröffentlichten Baudrucke findet sich ein aufgefängener Brief von Reich an die Boeren, aus dem klar hervorgeht, daß die Boeren die Autorität Krügers anerkennen. Warum also nicht mit Krüger unterhandeln?“

Ausland.

Die Zensur in Finnland. Bisher sah man es, als ob die Arbeiterpresse Finnlands eine gewisse Ausnahmestellung gegenüber der russischen Zensur einnähme. Während die „baterländischen“ bürgerlichen Blätter verfolgt, teils zeitweilig, teils für immer eingezogen wurden, erfuhren die Arbeiterblätter eine verhältnismäßig gelinde Behandlung. Ihnen gegenüber begünstigte man sich im allgemeinen mit „Vertwarnungen“. Jetzt scheint auch für sie ein schärferer Wind im Auge zu sein. Eine vom Jugendklub der schwedisch sprechenden Arbeiter geplante Zeitschrift „Ungdom“ („Jugend“) wurde ganz und gar verboten und an das Verbot knüpfte die Oberbehörde für Freiganglegenheiten die Bemerkung, daß in Zukunft keine „Gelegenheitszeitungen“, die die Arbeiter zur Organisation auffordern, mehr genehmigt werden sollten. Man darf hierin wohl mit Recht auch eine Drohung gegen die bereits bestehenden Arbeiterzeitungen erblicken.

Afien.

Afghanische Verwickelungen. Nach einer Meldung aus Kabul dürften dem Emir Habib Allah von seiner Stiefmutter, deren Sohn Mohammed Umar Khan ist, Schwierigkeiten bereitet werden. Es heißt nunmehr, daß sie sich nur widerstrebend in den Willen Abdur Rahmans, betreffend die Nachfolge, gefügt und mit dem jetzigen Emir bereits häufig Auseinandersetzungen wegen gewisser Angelegenheiten gehabt hat, bezüglich deren sie der Ansicht ist, daß sie nach dem Willen des verstorbenen Emirs hätte um Rat gefragt werden müssen. Auch der jüngere Bruder Habib Allah, Nader Allah Khan, hat Weimungsverschiedenheiten mit ihm. Somit werden die Aussichten für die Krönung Habib Allah nicht als hoffnungsvoll angesehen.

Parlamentarisches.

Socialdemokratische Interpellation.

Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion hat in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, folgende Interpellation im Reichstag einzubringen:

„Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Widerspruch zu dem Klaren Wortlaut des § 35 der Gewerbe-Ordnung und der Erklärung, welche der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf v. Posadowsky, im Reichstag in der Sitzung vom 28. November 1890 abgegeben hat, die Polizeibehörde zu Weitzen den dortigen Arbeitervereinigungen gegenüber gewerbdmählig befohle, zur Anmeldung des Arbeitervereins als eines Gewerbetreibenden durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu thun?“

Die Petitionskommission des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Petition einer in Berlin abgehaltenen öffentlichen Versammlung der **Wärsten- und Pinselmacher**. Petenten suchen nachzuweisen, daß die am 1. Juli 1890 in Kraft getretene Verordnung des Bundesrats nicht weitgehend genug sei, um die Arbeiter vor der Gefahr einer Mißbrandanstiftung zu schützen. Sie verlangen, daß als Desinfektionsmittel nur stromender Wasserdampf zugelassen, desgleichen nicht nur ausländische, sondern auch inländische Vorsten und Saare, welche in der Wärsen- und Pinselmacherei verarbeitet werden, desinfiziert werden sollen und der Desinfektionszwang auch auf Hiegenhaare ausgedehnt werde. Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Eine Reihe von Petitionen, die **Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte** betreffend, wird der XVII. Kommission, welche sich speziell mit dieser Materie beschäftigt, überwiehen.

Fünf Petitionen, die sich auf die **Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes** beziehen, werden dem Reichskanzler als Material überwiehen. Darunter befindet sich eine solche des Vorstandes der „Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse“ (Fabrikasse) in Berlin. Dieselbe beschwert sich über den als zulässig erachteten Austritt der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft aus dieser Kasse, durch welchen eine bedeutende Schädigung der letzteren eingetreten sei, indem diese an die neugegründete Fabrikasse der genannten Gesellschaft 268 000 M. herauszahlen mußte, was nach Ansicht der Petenten satuarisch unzulässig und gesetzlich unbegründet sei.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Lage der **Syndikatszweigen** stimmt die „Rhein-Wesfälische Zeitung“ eine sehr bewegte Klage an, es wird ihr aus Interessententreiben geschrieben, daß die Mitgliederzahl der Reichs- und der gewerblichen Zechen nunmehr einen Grad erreicht hat, wie wohl nirgendwo erwartet worden ist und wie solche vorher auch nur annähernd gleich hoch noch nicht da war. Viele Zechen haben nämlich ihre Förderung gegenüber ihrer Beteiligung am Gesamt-Abgabe jetzt bis zu 25 Proz. und noch mehr eingeschränkt müssen, trotzdem bekanntlich nur eine Einschränkung der Förderung für das laufende Vierteljahr von 20 Proz. vorgesehen worden war. Auch die Gasstammlozweigen leiden jetzt stärker unter dem allgemeinen Abgasmangel. Vor dem 1. April dürften sich die schlechten Abgasmverhältnisse auch schwerlich noch wesentlich ändern, wenn auch immerhin nicht verkannt werden darf, daß an der augenblicklichen besonders trostlosen Lage der Zechen die Sperrung vieler Stücker und Magazine in den Rhein- und Ruhrhäfen erheblicher mit beteiligt ist.

Der trostlosen Lage entspricht es, wenn im Laufe des Monats auf den Zechen ganz erhebliche Klündigungen vollzogen sind. Unser Essener Partei-Organ stellt fest, daß im Ruhrgebiet 685 Bergleute ihre Entlassung erhalten haben. Die Zahl ist noch größer, da von einigen Zechen der Umfang der Klündigungen nicht ermittelt werden konnte. Daneben sind Lohnabzüge bis zu 10 Proz. angekündigt und die Zahl der Feiertagen nimmt fortgesetzt zu.

Die **Interprämie in Gefahr**. Wie das „Berl. Tagebl.“ wissen will, soll sich die österreichische Regierung bereit erklärt haben, die Ausfuhrprämie aufzuheben und den Zoll auf 5 Frank herabzusetzen. Von deutscher Seite sollen gleiche Maßnahmen in Aussicht gestellt sein. Die Zugeständnisse sind auf die Drohungen zurückzuführen, die England auf der Welthändler-Konferenz ausbrach; danach beabsichtigt England, gegen die Länder mit Prämienwirtschaft eine Zollbehandlung einzutreten zu lassen. Die „Deutsche Industriezeitung“ hat sich in letzter Nummer noch mit aller Entschiedenheit gegen das Aufheben der Prämie ausgesprochen. Die Aufhebung der Prämienwirtschaft wäre nur freudig zu begrüßen, vorausgesetzt allerdings, daß die Vergünstigung, die den Zuckerinteressenten hier entgegen steht, nicht in anderer Form wieder sicher gestellt wird.

Von den **verurteilten Aufsichtsratsmitgliedern der Trebertröcknungs-Gesellschaft** hat außer Schulz-Dellwig auch Otto gegen das Urteil Revision eingelegt. Hermann Stumpf hat seine Strafe bereits angetreten. Die Konkursverwaltung hat nunmehr beschlossen, da dem Aufsichtsrat in dem Urteil eine Verschleierung der Bilanz zum Vorwurf gemacht wird, die Regreßklage gegen den Aufsichtsrat einzulegen.

Die **Wannemann-Werke** in Rath bei Düsseldorf haben 200 Arbeitern gekündigt.

Die **ungarische Bank für Handel und Industrie** war in der Generalversammlung in Budapest heftigen Angriffen ausgesetzt. Man hält die Beteiligung an den rumänischen Petroleumterritorien in Höhe von 20 Millionen Kronen für äußerst unsicher und glaubt, daß kaum die Hälfte zu retten ist.

Der **amerikanische Stahlkonzern Morgan u. Co.** zöhlen am 18. Februar 10 Millionen Dollar Dividende an die Mitglieder der United States Steel Corporation aus, gleich 5 Proz. des Betrages von 200 Millionen Dollar, mit dem das Syndikat kostete. Der Vorsitzende des Finanzausschusses der Steel Corporation erklärte, es werde erwogen, einen Teil, wenn nicht sämtliche Vorzugsaktien in fünfprozentige Bonds umzuwandeln; er glaube, daß dies im Interesse der Inhaber dieser Bonds liege.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Arbeiter! Die Sperrn über die Bauten der Firmen Schmalin, Garmuth und Zander dauern fort.

Ferner sind gesperrt die Firmen Kruse, Holzburgerstr. 65 (Wau Regenerstr. 5), Schwarzer, Linienstr. 101 (Wau Regenerstr. 33) und Brandenburg, Kammerstr. 23 (Bauten Putzstr. 33, Ecke Demminstr. und Bonlow, Hehnstr.). Ferner hält es die Firma Schöpf (Wau Lützowstr. 23) nicht für nötig, den Tarif zu zahlen, und ist deshalb ebenfalls zu meiden.

Die **Waarbeiter** werden darauf hingewiesen, daß die Arbeiter auf den Bauten, wo die Forderungen derselben bewilligt wurden, mit Arbeitsberechtigungslarten versehen sind.

Die Lohnkommission der Arbeiter.

Der **Verein der Maschinen- und Heizer**, jetzt Ortsverwaltung des Verbandes der Maschinen- und Heizer, eine der wenigen Gewerkschaften, denen es gelang, ungeschädigt die Klüppen des Ausnahmengesetzes zu umschiffen, steht dieser Tage auf eine ununterbrochene zehnjährige Thätigkeit zurück. Als in der letzten Hälfte der 70er Jahre einige Maschinen- und Heizer den Ruf einer Organisation auch für ihren Beruf erkannten, erfolgte in einer am 17. Februar 1877 stattgefundenen Versammlung in Grottel's Bierhallen die Gründung des Vereins. Wenn gleich bei Inkrafttreten des Socialistengesetzes in der ersten Aufregung die Mitgliederzahl erheblich

zurückging, gelang es doch der Verwaltung, durch unermüßliche Arbeit den Bestand des Vereins zu sichern und die Mitgliederzahl bei immer sich steigenden Leistungen für die Mitglieder auf rund tausend zu bringen. Diese Zahl mag im Verhältnis zur Entwicklung der Berliner Industrie gering erscheinen; es muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß die Maschinen- und Heizer sich aus allen übrigen Berufsständen, auch ihre wirtschaftliche Lage ist grundverschieden. Da dieselben außerdem in den Betrieben nur vereinzelte beschäftigt sind, so ist es erklärlich, daß die Agitation für die Organisation eine langwierige und schwierige ist. Trotzdem hat sie es ermöglicht, sich ein besonderes Verwaltungsbureau, verbunden mit eigenem Arbeitsnachweis, zu schaffen.

Deutsches Reich.

In **Grenz** fanden eine Anzahl Fabrikversammlungen statt, deren Resultat sich zur Zeit noch nicht ganz übersehen läßt. Gleichzeitig hat das Einigungsamt getagt. Die gestellten weitergehenden Forderungen wurden von den Fabrikanten größtenteils anerkannt, so daß die Aussichten für eine baldige Einigung günstiger geworden sind. — Aus **Gera** wird gemeldet: Obgleich es als ausgeschlossen gelten kann, daß die in der vogtländischen Textilindustrie ausgebrochene Lohnbewegung auch auf den Geraer Bezirk übergreifen werde, so haben die Geraer Fabrikanten doch eine Versammlung abgehalten, um über eventuell zu ergreifende Maßregeln zu beraten. Es wurde betont, daß eine Arbeitsstellenfällung für Gera kaum in Frage kommen könne, weil dort angeblich höhere Löhne als im Vogtlande gezahlt werden.

Ausland.

Der **Streik der dänischen Dampfschiffheizer**. Der Dampfschiffheizer-Verband hat auf seiner Generalversammlung am Donnerstag einstimmig beschlossen, nicht nachzugeben und den Streik bis auf's äußerste fortzusetzen. Der Verbandsvorsitzende Hans Jensen konstatierte in seinem Bericht, daß hinreichend Geldmittel vorhanden seien, so daß die Ausständigen nicht Not leiden brauchten, selbst wenn der Streik noch mehrere Monate dauern sollte. Die Generalversammlung sprach dem Vorstand ihre Anerkennung für die korrekte Leitung des Streiks aus. — Dreizehnzig ausländische Heizer, Deutsche, Engländer, Franzosen und Schweden, die der Dampfer „Sicaria“ aus Rotterdam mitgebracht hatte, weigerten sich den Dienst anzutreten. Man hatte ihnen bei der Anwerbung vorgeschwindelt, sie sollten auf einem holländischen Dampfer, der in Kopenhagen liege, Dienst thun. Während der Ueberfahrt erfuhren sie von den Passagieren, daß in Dänemark gestreikt wird. Sie weigerten sich unter allen Umständen, Streikbrecher zu werden und verlangten, den englischen Konsul zu sprechen. Dieser, mit dem sie längere Zeit verhandelten, bot sich ihrerseits offenbar auch nicht an. Der Vertreter von „Det forenede Dampfskibsselskab“ erklärte, daß er sämtliche 48 Mann verhaften lassen werde, falls sie bei ihrer Dienstweigerung beharrten. Das machte die Mehrzahl schwanzend, nur sechs hielten stand. Diese wurden verhaftet. Die übrigen wurden auf das Streikbrecherfahrzeug überführt, auf das „Slaven Schiff“, wie der Volksmund sagt. — Der Dampfer „Telias“, der am Freitagabend nach New Orleans abfahren sollte, mußte aus Mangel an Heizern die Abfahrt aufschieben. —

Aus der Frauenbewegung.

Eine **gut besuchte öffentliche Frauenversammlung in Groß-Lichterfelde** nahm am Dienstag Stellung zu den bevorstehenden Kommunalwahlen. Die Referentin, Genossin Jmie, erläuterte nach einem Rückblick auf die beschiebende politische Redlosigkeit der Frauen die Forderungen der Socialdemokratie auf kommunalpolitischem Gebiet und legte in überzeugender Weise dar, welche erhebliche Interesse die Frauen an dem sozialen Fortschritt innerhalb der Gemeinde hätten. Die Frauen nickten, so weit ihnen dies möglich, alles thun, um den Sieg der socialdemokratischen Kandidaten herbeizuführen, insbesondere dafür sorgen, daß ihre Männer zur Wahl gehen. In der Diskussion sprachen die Genossin Frau Wämler, die Referentin in einigen Punkten ergänzend, Genossin Benzler, welcher an einer Reihe von Thatsachen den arbeiterfeindlichen Charakter der Gemeindevertretung entfaltete und durch die Befamitgabe der hämischen Aeußerungen eines Gemeindevertreters im „Handwerker“-Verein über die Arbeiter und speziell deren Frauen als Mieter zeigte, daß die Arbeiterkraft von einer solchen Klassenvertretung eine Linderung der Wohnungsnot nicht zu erwarten habe.

Nachdem noch die Genossin Marquardt und Pfay die Anwesenden aufgefordert, bei der bevorstehenden Wahl ihre volle Schuldigkeit zu thun, erfolgte Schluß der Versammlung.

Versammlungen.

Der **socialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis** hatte am 18. Februar im Lokal Rolandbad in der Bodstraße eine gutbesuchte Versammlung. Reichstags-Abgeordneter R. Fischer referierte über: „Marinepolitik und Socialpolitik.“ Der interessante und anregende Vortrag, über den wir bereits ausführlich einer Versammlung am 8. Wahlkreis berichtet haben, fand großen Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. — Im „Verschiedenes“ verlies ein Genosse auf eine bei der Verbellösen-Zählung gemachte Erfahrung und interpellierte den Vorstand mit Rücksicht darauf, ob es nicht zweckmäßig wäre, ständig die Bezirksführer-Stellvertreter mit heranzuziehen und zu informieren, damit nicht Unzuträglichkeiten entstehen, wenn Parteiarbeiten auszuführen sind und der Bezirksführer wegen Krankheit oder geschäftlicher Rücksichten am Erscheinen verhindert ist. Der Vorsitzende Freyhaller erwiderte, eine ständige Stellvertretung der Bezirksführer könne der Vorstand nicht in der gewöhnlichen Weise anerkennen. Bezirksführer, die wegen Krankheit oder geschäftlich häufiger verhindert wären, müßten abtreten und den Bezirksführerposten andern überlassen. Nur ausnahmeweise seien Stellvertreter zugelassen. — Dann wurde die Frage aufgeworfen, was der Vorstand zu thun gedenke, um es unmöglich zu machen, daß die von der Partei-Kontrollkommission nicht anerkannte Sonderorganisation der Schönhauser Vorstadt ihre Anzeigen im „Vorwärts“ unterbringe und daß sie in der Preßkommission vertreten werde. — Der Vorsitzende teilte mit, daß die Mehrheit der Preßkommission der Meinung sei, die Sonderbänder hätten so lange ein Recht, an den Institutionen der Partei teilzunehmen, bis die höchste Instanz, der Parteitag, gesprochen habe. Er, der Vorsitzende, sei ja nicht dieser Meinung, sondern der, daß eine Sonderorganisation so lange keinen rechten Platz habe, als sie nicht in letzter Instanz anerkannt sei. Indessen könne der Vorstand nichts in der angeregten Richtung thun, da ihm eine Exekutivgewalt fehle. — Nach dieser Erklärung wurde auf die Angelegenheit nicht weiter eingegangen.

Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Am Dienstag fand eine stark besuchte Versammlung bei Bernau in der Schwedterstraße statt. Dasselbst hielt Genosse Ledebour einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Er beleuchtete die gegenwärtige politische Situation und führte treffende Kritik an dem Treiben unserer politischen Gegner und der Haltung der Regierung. Unter „Verschiedenes“ nahm Genosse Wämler das Wort. Er verwies auf die letzte Generalversammlung des anderen Wahlkreises, wo Freyhaller sagte, Wämler habe nicht mit den anderen Vertrauensleuten abgerechnet. Wämler bemerkt hierzu: Wenn auch Freyhaller meinte, es sei kein Zweifel, daß die Kasse stimme, so mache doch der andere Teil von Freyhaller's Darlegung den Eindruck, als ob Redner trotz mehrmaliger Aufforderung sich abfällig der Abrechnung entzogen habe. Das sei aber nicht der Fall. Es handle sich um die Abrechnung vom Sommerfest. Redner sei in zwei Sitzungen, wo abgerechnet werden sollte, erschienen, Freyhaller habe aber von ihm verlangt, er solle nur das Geld abliefern und den vollen auf die Schönhauser Vorstadt entfallenden Anteil der vorher veranschlagten Ausgaben bezahlen, ohne daß ihm (Wämler) Einblick in die Ge-

samtabrechnung gestattet worden sei. Er habe sich deshalb nicht, wie es sein Recht und seine Pflicht war, überzeugen können, ob die wirklichen Ausgaben sich mit dem Voranschlage deckten. Freyhaller habe also nicht mit ihm abgerechnet, sondern nur das Geld von ihm haben wollen, und deshalb habe er es vorgezogen, direkt an den Parteivorstand abzuliefern. In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner auf den Organisationsstreit ein. Er bemerkte unter andern: Die Redaktion des „Vorwärts“ nehme den Genossen der Schönhauser Vorstadt gegenüber eine einseitige parteiliche Stellung ein. Er schloß das daraus, daß der Bericht über die letzte Generalversammlung, in der Vorgemann über den Entschluß der Controleure referierte, sehr kurz wiedergegeben sei, während über die Versammlung des anderen Wahlkreises, die an demselben Abend dieselbe Angelegenheit behandelte, ausführlicher berichtet wurde. Die Genossen der Schönhauser Vorstadt seien ebenso gute Genossen wie die andern, sie bräuchten sich eine so einseitige Stellungnahme der Redaktion nicht gefallen lassen. Die weitere Debatte war im wesentlichen eine Auseinandersetzung zwischen Klose und Wämler über einzelne auf den Organisationsstreit bezügliche Vorgänge.

(Genosse Wämler täuscht sich, wenn er aus der verschiedenen Länge der von uns gebrachten Versammlungsberichte eine Annosität der Redaktion gegen die Genossen der Schönhauser Vorstadt folgert. In den von ihm angezogenen Versammlungsberichten ist in dem einen der Entschluß der Controleure wörtlich wiedergegeben, in dem andern ist dieser Entschluß durch einen bloßen Hinweis ersetzt, da wir natürlich in einer Nummer den Entschluß der Controleure nicht zwei mal wörtlich bringen konnten. Der erste Bericht ist nun genau um die Länge des Entschlusses länger, beide Teile sind also durchaus paritätisch behandelt. Red.)

In der **öffentlichen Arbeiter-Versammlung**, die am Dienstag bei Jannasch tagte, erstattete Straffer den Bericht über den Stand des Streiks. Danach sind seitens der Lokalorganisierten in 25 Geschäften Forderungen gestellt worden. Hiervon haben 12 bewilligt, 62 Arbeiter arbeiten zu den neuen Bedingungen. Mit den von Seiten des Verbandes gemeldeten Bewilligungen beträgt die Zahl der Geschäfte, in denen zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird, ca. 30. — Im Laufe der Versammlung wird gemeldet, daß noch weitere 5 Geschäfte bewilligt haben. — 98 Arbeiter sind in den Streik getreten, dazu kommen 8 vom Verbanne. — Straffer weist ferner auf den Beschluß der Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung aus, daß die Hoffnung der Unternehmers, aus den Zwischgängen der Lokal- und centralorganisierten Gehilfen Vorteil zu ziehen, zu Schanden werde. Die Versammlung nimmt nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung der Arbeiter-Verbands- und Jungmänner-Versammlung vom Montag hin, den Tarif nicht zu unterschreiben, und spricht die Erwartung

Reichstag.

147. Sitzung vom Mittwoch, 19. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Goltz.

Die zweite Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt (Titel Gehalt des Kriegsministers).

Präsident Graf Ballestrem teilt seine Absicht mit, zunächst allen Rednern das Wort zu erteilen, die sich speziell mit dem Thema der Militär-Strafprozess-Ordnung beschäftigen wollen.

Abg. Gröber (C.):

Zur Verteidigung der Vorgänge in dem Gumbinner Prozeß hat uns ja gestern der Herr Kriegsminister einen Skizzenentwurf vorgelegt, der mit großer Lebhaftigkeit hier gesprochen hat, so daß wir alle an das Plädoyer eines Staatsanwaltes vor den Geschworenen denken mußten. (Sehr richtig! im Centrum.) Herr Komon hätte aber doch besser gethan, manches in seiner Rede nicht mit solcher Schärfe hier vorzutragen. So haben wir zum Beispiel gar keinen Anlaß, die Rechtsfrage, ob gegen die Entscheidung des höchsten Gerichtsherrn noch eine Beschwerde zulässig sei, hier zu erörtern. Die Entscheidung darüber können wir ruhig der Praxis überlassen.

Die Begründung des Herrn Komon für die Wiederverhaftung Hiddels hat uns nicht völlig überzeugt. Der Reichstag hat seiner Zeit ausdrücklich festgelegt, daß durch Einlegung des Rechtsmittels der Verurteilung die Freilassung des freigesprochenen Angeklagten nicht verzögert werden darf. Nur wenn neue Beweis- oder Verdachtsmittel vorliegen, darf eine Wiederverhaftung erfolgen. Logen solche neue Verdachtsgründe nicht vor, so war eine Wiederverhaftung ausgeschlossen. Freilich Herr Komon meinte, Hiddel sei zunächst nicht wieder verhaftet worden, sondern zunächst nur vorläufig festgenommen worden. (Weiterleit.) Das ist doch praktisch ganz dasselbe. Ob er vorn oder hinten am Stragen gepackt wird, ist für den Betroffenen wirklich egal. (Weiterleit.) Uebrigens müßten auch für die vorläufige Festnahme genau dieselben Gründe vorliegen, wie für eine Wiederverhaftung. Ich frage daher den Herrn Kriegsminister, welche neuen Verdachtsgründe oder Beweismittel lagen für den Regimentskommandeur vor und weiter, sind dieselben auch dem Angeklagten bei der Verhaftung mitgeteilt worden, damit er sich verteidigen konnte, denn auch das schreibt das Gesetz vor.

Der Haftbefehl gegen Hiddel enthält nur eine allgemeine Verweisung auf die Gründe, aus denen überhaupt eine Verhaftung zulässig ist. Von neuen Verdachtsmomenten, von neuen Beweisgründen ist darin nichts enthalten. Auch ein zu den Akten gegebener Vermerk des Oberkriegsgerichtsrats Meyer weist keine neuen Verdachtsgründe auf. Ich möchte an den Kriegsminister die Frage richten: Ist dieser Vermerk zu den Akten vor Erlass des Haftbefehls erfolgt, oder erst später? Es steht fatal aus um die Begründung eines Haftbefehls, wenn man ihn erst nachträglich zu den Akten rechtfertigen muß. Hat der Oberkriegsgerichtsrat Meyer den Gerichtsherrn richtig informiert über die Gründe, aus denen eine Verhaftung zulässig ist? Warum ist die Verhaftung trotzdem erfolgt? Herr Komon hat das Erfordernis neuer Verdachtsmomente so aufgefaßt, daß es genüge, wenn überhaupt zur Zeit des Erlasses des Haftbefehls genügende Verdachtsgründe vorhanden seien. Man könne doch diese Bestimmung nicht so formalistisch auffassen. (Rufen im Centrum und links.) Wenn Zivilgerichte sich diesen Standpunkt aneignen sollten, würden viele Urteile vom Reichsgericht nicht aufgehoben werden. Herr Komon hat weiter behauptet, als neue Verdachtsgründe seien diejenigen anzuführen, die der höhere Gerichtsherr für neue hält. Danach würde überhaupt in jedem Falle eine Wiederverhaftung zulässig sein, denn für den höheren Gerichtsherrn, der sich neu mit der Sache zu befassen hat, ist natürlich jeder Verdachtsgrund ein neuer. Als neu sind natürlich nur objektive neue Momente anzuführen, die in der ersten Instanz noch nicht bekannt waren. Man sieht bei der ganzen Sache, wie gefährlich es ist, wenn ein Regierungskommissar literarisch tätig ist. (Weiterleit.) Herr Komon hat hier gesagt, der Gerichtsherr v. Alten werde neue Angaben zur Sprache bringen, die Hiddel ihm gegenüber gemacht habe. In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ aber sagt Herr Komon, der neue Verdachtsgrund sei darin zu finden, daß auf die Zeugen in unzulässiger Weise eingewirkt sei. Es handelt sich hier um eine Einwirkung dritter Personen auf den Gang des Verfahrens. Wenn das genügt, um jemand zu verhaften, so ist niemand mehr sicher, wegen Kollisionsgefahr verhaftet zu werden. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Welche Behauptung ist nun richtig, die aus der „Deutschen Juristen-Zeitung“ oder die gesteuert von Herrn Komon hier im Reichstag aufgestellte? Die Hauptfrage ist die, daß überhaupt ein Gerichtsherr über Wahnehmungen, die er in der Untersuchungsphase gemacht habe, als Zeuge in der nächsten Instanz vernommen wird. Die Analogie mit dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter trifft hier nicht zu. Der Gerichtsherr ist der Herr des ganzen Verfahrens, eine Figur aus alter Zeit, die sich in die bestehende Schablone nicht einfügt. Der Gerichtsherr darf nach dem Gesetz bei keiner Untersuchungshandlung zugegen sein, daher darf er auch nicht selbst eine Untersuchung vornehmen und ebenso wenig darf ein bei einer solchen gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchung zu Tage getretenes neues Beweismittel gegen den Angeklagten benutzt werden. — Ich komme nun noch mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Lengmann. Er hat es bedauert, daß bei der Schaffung des Gesetzes ein Teil der Kommission, um das Zustandekommen der Vorlage zu ermöglichen, für das Institut des Gerichtsherrn gestimmt und gemeint: Diesen Herren sind wohl erst durch den Gumbinner Prozeß die Augen aufgegangen. Nun, zu diesem Teil der Kommission hat Herr Lengmann selbst gehört. (Hört! hört! im Centrum.) Nur, ich weiß ja, es ist immer große Freude über einen reinigen Sinder. (Große Heiterkeit.) Aber Herr Lengmann hat sogar früher einen Centrumsantrag, der einer unabhängigen Untersuchungsrichter schaffen wollte, bekämpft. (Hört! hört! im Centrum.) Er meint, wenn einmal der Gerichtsherr angenommen sei, dann müßten wir auch die Gerichtsherrlichkeit so gestalten, daß sie in der That eine Bedeutung hat. (Hört! hört! im Centrum.) Wer so für den Gerichtsherrn gekämpft hat, der hat es wirklich nicht nötig, hier eine Standrede über die Schlechtigkeit des Teils der Kommission zu halten, die ihn angenommen hat. Eine sofortige Revision der Militär-Strafprozess-Ordnung, wie sie Herr Lengmann verlangte, halte ich für ausgeschlossen. Die Hauptfrage muß vorläufig sein, daß wir alles thun, um eine dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes entsprechende Praxis herbeizuführen. Im Laufe der Jahre werden sich die wirklich vorhandenen Mängel der Militär-Strafprozess-Ordnung immer mehr herausstellen, und wir werden auf Grund der gesammelten Erfahrungen dann an eine Revision denken können. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Haase (SoC.):

Es lauge der Geist des Herrn Komon im Kriegsministerium waltet, werden sich die Mängel im Militär-Strafprozess nicht vermindern. Herr Komon hat gestern hier sich als Angeklagter vorgestellt. Ich glaube, das ganze Haus wird darin einig sein, daß er seine Verteidigung so schlecht geführt hat, daß ihm nicht einmal mildernde Umstände angedeutet werden können. Herr Gröber hat mir heute darauf hingewiesen, daß Komon vollständig seinen Standpunkt gewechselt hat. Er hat in der „Juristen-Zeitung“ ganz anders geschrieben, als er hier im Hause sprach. Die Gründe dafür liegen klar zu Tage. Wer die Akten durchsieht, weiß genau,

daß in dem Augenblick, als der freigesprochene Hiddel wider Recht und Gesetz in Haft behalten wurde, der Regimentskommandeur, der die vorläufige Festnahme verfügte, keine neuen Verdachtsgründe kannte. Am 3. Juni ist die Freisprechung erfolgt. In der Nacht zum 4. telegraphierte der Verteidiger Hiddels, Rechtsanwalt Horn, an den Generalleutnant v. Alten und ersuchte diesen, die Freilassung Hiddels zu veranlassen. Erst am Abend des 4. Juni 8 Uhr 13 Minuten erhielt er telegraphisch die Antwort: Kann erst von Jüterburg aus verfügen. Dieses Telegramm wird nachträglich beauftragt durch ein Protokoll, das am 4. Juni 3 Uhr nachmittags aufgenommen ist. Dort sagt Hiddel aus, ihm sei bekannt gegeben, daß Generalleutnant v. Alten gegen das Freisprechungsurteil Berufung eingelegt habe und daß er deshalb wegen Gefahr der Verdunkelung des Thatbestandes vorläufig festgenommen sei. (Hört! hört! bei den SoC.) Das Protokoll widerpricht auch insofern dem Gesetz, als nicht etwa der Angeklagte aufgefordert wurde, sich zur Sache zu äußern, und es beweist klar, daß kein Grund zur Festnahme existierte. Hätte Herr v. Alten neue Verdachtsgründe gekannt, so hätte er sie jedenfalls angeben. Der Regimentskommandeur hat am 6. Juni, und zwar merkwürdigerweise eine Stunde bevor er dem Verteidiger Horn auf dessen Ersuchen eine Konferenz bewilligte, an den Gerichtsherrn zweiter Instanz telegraphiert: „Hiddel, der freigesprochen ist, wurde vorläufig festgenommen wegen Furchtverhaftung und Vorliegens der Kollisionsgefahr.“ Also auch am 6. Juni war dem Gerichtsherrn erster Instanz kein neuer Verdachtsgrund bekannt, sonst hätte er ihn in diesem Telegramm mitgeteilt. Auch in dem Haftbefehl selbst, der ja Gründe für die Verhaftung angeht, wird der einzig gesetzlich zulässige Grund nicht angegeben, nämlich daß neue Verdachtsgründe vorliegen. Der kommandierende General hätte eben keine neuen Verdachtsgründe. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Erst als in der Presse, besonders vom Reichsgerichtsrat a. D. Stenglein, sehr scharf auf das Ungerechtfertigte dieses Verfahrens hingewiesen wurde, hat man nach neuen Gründen gesucht, und ein solcher wird auch von Herrn Komon in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ angegeben. Er sagt: „Es war zur Kenntnis des Gerichtsherrn gelangt, daß auf Zeugen in unzulässiger Weise eingewirkt worden sei und daß sich das Bestreben geltend gemacht habe, den Angeklagten vor einer Verurteilung zu schützen.“ Herr Komon hat damit einen ganz neuen Verdachtsgrund zum Leben verholfen. Aber dieser angebliche Grund bedeutet eine juristische Ungeheuerlichkeit. Denn er rechtfertigt keineswegs die Annahme einer Kollisionsgefahr, weil dann die Befundigten selber an dem Bestreben, die Thatfachen zu verdunkeln, hätten beteiligt sein müssen und selbst das Vorliegen einer Kollisionsgefahr hätte die erneute Verhaftung nicht gerechtfertigt. Es hat auch in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ der Kammergerichtsrat Dr. Carsten den Herrn Komon darauf hingewiesen, daß die angegebenen Momente keine neuen Verdachtsgründe darstellen. Herr Carsten sagt: „Ich muß gestehen, daß ich erschrocken gewesen bin über die Schlussfolgerungen des Herrn Komon und kann mir nicht denken, daß es viele Juristen giebt, die Herrn Komon beizupflichten geneigt sind.“ (Hört! hört! links.) Der Artikel schließt mit den Worten: „Komon rechtfertigt auch nicht im geringsten die Wiederverhaftung des Hiddels nach seiner Freisprechung.“ Herr Komon hat also ein literarisches Plädoyer geleistet. Da war es ganz verständlich, wenn er gestern im Reichstage diesen Standpunkt angegeben hat und wieder einen neuen Verdachtsgrund ansinbild gemacht hat. Herr Komon hat nämlich erklärt, Herr von Alten habe sich als Zeuge zu den Angaben Hiddels gemeldet, daß er nur zwei Minuten in der Wohnung der Mutter Martens verbracht habe. Abgesehen von dem juristischen Fehler, den Herr Komon hier wieder begeht, ist auch die Thatfache unrichtig, wie wir einer der Herren Verteidiger — es ist nicht Herr Horn — telegraphisch mitgeteilt hat. Er sagt im Telegramm: Erstes Urteil steht seit kurzen Aufenhalt. v. Alten, Gerichtsherr, der später in zweiter Instanz als Zeuge vernommen wurde, sagte in zweiter Instanz, ihm habe Hiddel von 15 bis 20 Minuten gesprochen. (Lebhafteste Bewegung im ganzen Hause. Wiederholte Rufe: Hört! hört! links.) Herr Kriegsminister Komon hat also gestern behauptet, daß er etwas leichtsinnig seine Behauptungen aufstellt. Es ist doch etwas ganz anderes, ob man als Staatsanwalt behauptet, die Socialdemokraten seien schon als solche des Meineides verdächtig (Stürmische Zurufe bei den Socialdemokraten), oder ob er hier als Vertreter des Kriegsministeriums den Kriegsminister selbst bloßstellt und eine Handlung rechtfertigt, die nicht zu rechtfertigen ist. Hier hätte offenbar erklärt werden müssen, das Gesetz ist verletzt und wir haben dafür zu sorgen, daß solche Gesetzesverletzungen nicht wieder vorkommen.

Weil Herr Komon nun gestern das Gefühl hatte, daß dieser neue Verdachtsgrund doch etwas fadensteich sei, so erklärte er weiter, es seien auch neue Beweismittel vorhanden gewesen. Er hielt sich da an die Mandatverfügung des Oberkriegsgerichts Meyer, worin es heißt, die Wiederherstellung rechtfertigt sich auch dadurch, daß noch nicht sämtliche Untersuchungs- und Mannschaften des Regiments über ihre Wissenschaft zur Sache und eventuelle Kenntnis des Täters als Zeugen vernommen sind. Ein etwaiges negatives Resultat erhöht die Verdachtsgründe gegen Hiddel und Marten.“ Daß diese Untersuchungs- und Mannschaften existierten, war doch auch schon in der ersten Instanz klar. (Sehr gut! links.) Die bloße Existenz dieser Leute ist kein neues Beweismittel. Es genügt nicht, wenn der Gerichtsherr in der Lage ist, neue Zeugen anzugeben, sondern diese neuen Zeugen müssen auch etwas Positives bekunden, was zur Ueberführung des Angeklagten beiträgt. Nach dieser Aufzählung könnte jeder freigesprochene ohne weiteres wieder verhaftet werden, weil noch nicht alle Einwohner der betreffenden Stadt vernommen sind. (Weiterleit und sehr gut! links.) Schließlich könnte man ja auch sagen, wir müssen alle Einwohner des Deutschen Reichs oder dieses Planeten vernahmen und erst wenn alle diese abgehört sind, daß sie es nicht gewesen sind, dann bleibt mir noch der Angeklagte als Schuldiger übrig — erst das negative Resultat ergibt die Sicherheit über den Thäter. (Stürmische Heiterkeit.) Es wurde ja auch von den Behörden eine Belohnung von 1000 M. für die Verhaftung von Beweismitteln ausgesetzt. Als aber alles nicht zog, hat Herr v. Alten sich bereit erklärt, als Zeuge in der zweiten Instanz aufzutreten. Herr Gröber hat schon mit Recht die Parallele, die Herr Komon zwischen einem Gerichtsherrn und einem Staatsanwalt zog, als völlig irrig zurückgewiesen. Das Verhalten des Generalleutnants den Offizieren gegenüber hat mit Recht im Publikum eine Aufregung hervorgerufen, der ein bekanntes Mitglied dahin Ausdruck gab, daß der Generalleutnant zu den Offizieren etwa gesagt habe: „Meine Herren, alle Achtung vor der Freiheit der richterlichen Entscheidung, aber Freisprechung ist allemal eine Dummheit und gefährdet die Disziplin.“ (Weiterleit.) Generalleutnant v. Alten hat nicht so gesprochen, aber sein Benehmen gab zu dieser Auffassung Anlaß. Ich vermag die Hoffnung des Herrn Gröber, daß diese Verhältnisse besser werden würden, nicht zu teilen. Das Angehende der ganzen Sache liegt in der Verquickung von militärischen und juristischen Interessen, wie sie sich besonders in der Institution der Gerichtsherrn zeigt. Herr Lengmann, der 1898 die Regierung öffentlich unterstellt hat, als sie mit dieser Institution in die Enge getrieben wurde, hatte am allerwenigsten Veranlassung, diese Institution jetzt so anzugehen, wie er es gethan hat; wir aber haben schon damals darauf hingewiesen, welche Folgen diese Einrichtung zeitigen müsse. Wir verlangen auch jetzt, daß man nach diesen Erfahrungen endlich diese Institution über Bord werfe. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Man ist eben immer geneigt, die militärischen Interessen voranzustellen. Herr Komon hat sich gegen den Formalismus

gewandt, ja die Formen sind doch gerade in der Prozeß-Ordnung die Rechtsgarantien des Angeklagten. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wenn Herr Komon sich läßt darüber hinwegsetzen, so raubt er den Angeklagten alle Schutzwehr. Diese Vorgänge müssen einen geradezu verhängnisvollen Einfluß auf das große Publikum ausüben. Wenn etwas in der weiteren Instanz der Angeklagte verurteilt wird, so wird man sagen: wie war das anders möglich, da man die Unbefangenheit so wenig wahrte?

Ich komme auf den Ausschluß der Öffentlichkeit. Herr Komon hat sich dafür auf das Verhalten der Staatsanwälte berufen. Ja, wenn es nach strebsamen Staatsanwälten ginge, wäre die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens überhaupt vollkommen illusorisch. Bei der Militär-Strafgerichtsbarkeit ist die sogen. Gefährdung dienstlicher Interessen ein besonderes Unglück. Wenn unangenehme Dinge über das Verhalten eines Offiziers zur Sprache kommen, so wird ein Teil der Gerichte immer geneigt sein, eine Gefährdung dienstlicher Interessen anzunehmen und die Öffentlichkeit auszuschließen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Man glaubt eben, wenn man den bunten Rock anzieht, bekommt man damit eine höhere Weihe. Ich bin deswegen der Meinung, daß es nicht genügt, wenn wir hier einmal bei einem Fall, der die öffentliche Meinung besonders erregt, das Wort ergreifen, sondern daß wir sobald als möglich in einer Revision der Militär-Strafprozess-Ordnung die volle Öffentlichkeit des Verfahrens unter Beibehaltung des Grades: „Gefährdung der militärischen Interessen“ einführen und vor allem das Institut der Gerichtsherrn abschaffen. Geschieht das, dann werden wir zu gefundener Zustände in unserer Militärrechtspflege kommen, die, wie ich annehme, alle Parteien dieses Hauses herbeiwünschen. (Lebhafter Beifall bei den SoC.)

Abg. Veith (fr. Sp.) führt eine große Reihe von Fällen aus der Praxis der Militärgerichte an, um den unheilvollen Einfluß der Gerichte herren nachzuweisen und darzutun, daß in zahlreichen Fällen der Ausschluß der Öffentlichkeit aus ganz wichtigen Gründen erfolgt. In Wandbed ereignete sich folgender Fall. Als ein Lieutenant aus einer Prosche stieg rief ein Junge: „Mord, dort kommt ein Lieutenant.“ Daraufhin ließ der Lieutenant an den Jungen zur Sache bringen, prügelte ihn und ließ ihn auch noch durch einen Unteroffizier prügeln. Die Eltern des Knaben erhoben Klage wegen Körperverletzung. Das Militärgericht sprach den Lieutenant frei. Er habe in Nothwehr gehandelt. (Hört! hört! links.) Dem das Militär habe in Wandbed unter den Augengegnenheiten der Strafsungens viel zu leiden. Erst von der zweiten Instanz wurde der Lieutenant zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, aber es ist bezeichnend, daß ein solches Urteil wie das der ersten Instanz überhaupt gefällt werden konnte. In einem anderen Falle erhielt ein Lieutenant, der Lehrer bei der Instruction „dreidige Schweine“ genannt hatte, zu zwei Tagen Mittelarrest verurteilt. — In dem Prozeß über den Untergang des Kreuzers „Wacht“ wurde die Öffentlichkeit wegen der Beschränkung der Räumlichkeiten ausgeschlossen. In Hamburger nautischen Kreisen ist man aber der Ansicht, daß auf diese Weise die wahren Ursachen des Unterganges dieses Schiffes verheimlicht werden sollten. In einem Fall wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen mit der Begründung: „man wisse nicht, was aus der Sache werden könne.“ (Hört! hört! links.) Auch im Fall Blakowitsch ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden. Allerdings wurde durch diesen Fall dargelegt, daß in den Kreisen der Offiziere häufig ganz übermäßig getrunken wird, aber glaubt man denn, daß diese Thatfache durch den Ausschluß der Öffentlichkeit des Verfahrens verheimlicht werden kann? — Ich komme nun zu dem Prozeß Kroglitz. Herr Komon meinte gestern: „Wir sind doch nicht dazu da, Formalismus zu treiben.“ Was heißt das aber anders, als wir bringen uns nicht so sehr um die gesetzlichen Bestimmungen zu kümmern, wenn wir nur nach unserer Ansicht richtig urteilen. (Sehr richtig! links.) Wozu ist aber dann das Gesetz überhaupt da. Der Herr Vordredner hat es bereits mit Recht als Ungehörlichkeit bezeichnet, daß der Gerichtsherr, der das ganze Verfahren leitet, selbst als Zeuge auftritt. — Die Öffnung der Briefe bedeutet einen schweren Verstoß gegen die Bestimmungen des Gesetzes. Entweder ist diese Handlung aus Unkenntnis des Gesetzes erfolgt oder man hat sich gesagt, wir handeln so, wie wir es im Interesse der Disziplin oder Kommandogewalt für nötig halten. Noch gar nicht erwähnt ist die Thatfache, daß eine ganze Reihe von Zeugen, die in Gumbinnen zu Guts Muths und Hiddels ausgesagt hatten, nach dem Prozeß gemahregelt worden sind. (Hört! hört! links.) Das ist auch ein schwerer Verstoß, die Disziplin darf nicht über der Gerechtigkeit stehen. — Eine Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung ist unbedingt notwendig, das hat auch Herr Reichsgerichtsrat a. D. Stenglein zugegeben. Freilich Herr Böhmermann und Herr Gröber wollten nichts von einer sofortigen Revision wissen, wenn man aber anerkennt, daß dem bestehenden Gesetz schwere Mängel anhaften, so muß man auch ihre Beseitigung wollen. Speziell das Institut des Gerichtsherrn muß beseitigt werden. Ich glaube, der Herr Kriegsminister wird seine Behauptung vom vorigen Jahre, das Institut des Gerichtsherrn habe sich in Preußen sehr gut bewährt, heute nicht wiederholen. Man sagt immer, der Soldatenrod sei vornehmer als der Civilrod. Ich bin ja der Meinung, daß der Rod des Herrn v. Stein mindestens so vornehm war, wie der Scharnhorsts. Die Kreise aber, die jenen Standpunkt vertreten, müßten auch des Spruches eingedenk sein: noblesse oblige! (Bravo! links.)

Geheimer Kriegsrat Komon:

Ich will mich darauf beschränken, nochmals auf die Frage einzugehen, ob die Wiederverhaftung Hiddels nach seiner Freisprechung zulässig war oder nicht. Man hat mir vorgeworfen, ich hätte behauptet, man solle nicht starren Formalismus treiben. Die Worte habe ich gebraucht. (Sehr richtig! links.) In welchem Sinne aber! Ich habe zunächst frei anerkannt, daß der Haftbefehl vorläufiger hätte abgefaßt werden können und dann gesagt, für die Frage, ob der Haftbefehl materiell begründet war, solle man sich nicht vom starren Formalismus leiten lassen. Nach meiner Meinung ist Hiddel mit vollem Recht wieder in Haft genommen worden. Daß er nicht in Haft behalten worden ist, geht daraus hervor, daß er nach seiner Freisprechung von neuem vorläufig festgenommen ist. (Stürmische Gelächter links.) Die vorläufige Festnahme ist nach der Prozeßordnung der Vorläufer der Verhaftung, wenn der Haftbefehl fortgedauert hätte, wäre also zweifellos die Maßnahme der vorläufigen Wiederverhaftung sinnlos und zwecklos gewesen. (Ironisches sehr richtig! links.) Man kann mir entgegenen, es hätte wenigstens Hiddel auf einige Minuten freigelassen werden sollen, das wäre doch aber lediglich eine Farce gewesen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Freilassung und Wiederverhaftung, wenn letztere berechtigt ist, zeitlich wohl zusammenfallen können. Man hätte ja Hiddel zu einer That herauslocken können, um ihn zur andern wieder hereinzuführen, das wäre aber eine formelle Auslegung des Gesetzes, die mir als Farce bezeichnet werden kann. Es fragt sich nur, war der Regimentskommandeur v. Winterfeldt zur Wiederverhaftung Hiddels berechtigt. Er war es, denn es war ihm vom Gerichtsherrn v. Alten folgendes mitgeteilt worden: Zunächst daß in der eben verflochtenen Verhandlung Hiddels Aufenhalt in Martens Wohnung auf 15—20 Minuten festgestellt war, und im Anschluß daran konnte Herr v. Alten mitteilen, daß ihm gegenüber Hiddel den Aufenhalt nur auf zwei bis drei Minuten angegeben hatte. Das war zweifellos zusammengefaßt eine neue Thatfache und zwar eine sehr erhebliche. In diesem neuen Verdachtsmoment kam aber noch als neues Beweismittel das Zeugnis des Herrn v. Alten hinzu. Herr Gröber hat nun die Frage angeknüpft, ob dies ein zulässiges Beweismittel

Partei-Nachrichten

Partei-Presse. Die Buchdruckerei der 'Leipziger Volkszeitung'...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Versammlungsrecht in Preußen.

Die Berliner Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage...

Zu der Verhandlung vor dem ersten Senat hatte der Minister des Innern den Regierungsrat Dr. Droste als Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses entsandt...

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage des Genossen Wünsch ab und erklärte im Gegenseitigen zum Kammergericht die fraglichen Bestimmungen für rechtmäßig...

äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage. Die hier in Frage stehenden Bestimmungen derselben seien rechtmäßig...

Damit haben wir nun das obergerichtlich sanktionierte Durchzünden auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes...

Im Verlauf des Straßenbahnstreiks in Braunschweig veröffentlichte unser dortiges Parteiblatt einen Artikel...

In der gleichen Gerichtsinstanz wurde Genosse Herzberg wegen Verleumdung eines Möbelfabrikanten zu einem Monat Gefängnis verurteilt...

Der 'Grobe Unfug' in Erfurt ist nun durch freisprechendes Urteil der dortigen Strafkammer begraben worden...

Gerichts-Beitrag.

Der gefiederte Kal. Eine dralle, sanfter gefiederte Person mit roten Gesicht und weißer Zahnhülle...

so lang um so dick, mitzubringen. Ich komme denn nun mit meine Herrlichkeiten nach Hause...

Briefkasten der Expedition.

B. 31. Monatsabonnement sind zulässig. Beschwerden Sie sich bei der dortigen Postdirektion.

Central-Verband. Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Wilhelm Schönwald im 47. Lebensjahr verstorben ist.

Unverändert deutschen Büchsenjäger, beste Qualität...

Bureau für Gewerkschaften, Krankenkassen usw. sind billig zu vermitteln...

Dr. Simmel, Prinsenstr. 59. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Gewerkschafts-Kartell für Berlin u. Umg. Freitag, den 21. Februar 1902...

Versammlung der Delegierten und Organisationsvorstände bei Patz, Dragonerstraße 15.

Männer-Vortrag morgen, Freitag, Andradstr. 21, ab. 8 1/2.

Das Geschlechtsleben des Mannes. praktischer Naturheilkundiger Grundmann...

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 22. Februar ex., im großen Saale der 'Brauerei Friedrichshain'...

25 jähriges Stiftungs-Fest. Grosses Konzert und Ball.

Freude, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil.

Lebende Bilder. - Vorträge etc. Entree inkl. Tanz 50 Pf.

Julius Fischer! Weiß- u. Bayerischer Lokal. 2. Wahlkreis, Zahlstelle 1.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.

Freie Volksbühne. Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Haus Rosenhagen. Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe.

Dantons Tod. Gleichzeitig im Carl Weiss-Theater 12. Abteilung.

Achtung, Parkettbodenleger! Freitag, den 21. Februar 1902, abends 8 Uhr.

Versammlung im Gewerkschaftshause, Saal I, Engel-Platz 15.

Ausverkauf wegen Aufgabe des Ladengeschäfts. Alle Waren im Preise ganz erheblich herabgesetzt.

D. Wurzel & Co., Köpnickerstr. 160.

Achtung! Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 21. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr.

Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Volk- und Klassenpolitik...

Berl. Gewerkschaftskommission. Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr.

Delegierten-Versammlung im Gewerkschaftshause, Saal I.

Berl. Verein der Arbeiter (Tapezierer) Freitag, den 21. Februar 1902.

Mitglieder-Versammlung bei Jannasch, Jusefstraße 10.

Wichtig bei Capitalanlagen ist die Berliner Finanz- und Handelszeitung.

XIII. Jahrgang Berlin SW., Hafenplatz 4. XIII. Jahrgang best informiert...

Die Zeitung wird einen ganzen Monat hindurch auf Verlangen gratis und franco zugesandt.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 20. Februar.

Opernhaus. Cavalleria rusticana (Puccini - Oper). - Bajazzo (Pagliacci) - Coppelia. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Krohn). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller, König Harlekin. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Timon. - Der Sohn. - Die Fahrt über den Stur. Anfang 7 1/2 Uhr.

Feeling. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichens. Verliebt. Vorher: Juchet vor der Schwiegermutter. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Unten. - Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wiener. Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.

Secessionstheater. Dessen Willens. Anfang 8 Uhr.

E. v. Wolzogen. Bantes Theater (Weberbrunn). Anfang 8 Uhr.

Schaal und Rauch. Secessionstheater. Zwischenstücke. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trionn. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.

Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen. Der Barock von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelm-Bühne. Der Hagestauder. Anf. 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cyphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Pollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater. Lustige Brüder. Anfang 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Am Theater) Anfang 8 Uhr.

Urbild. Der Barock von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urbild. Der Barock von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urbild. Der Barock von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
König Harlekin.
Ein Mädel in der Kränzen
von Rudolf Lothar.

Freitagabend 8 Uhr:
Famille Fourchambault.
Sonntagabend 8 Uhr:
König Harlekin.

Thalia-Theater.

Dreibeckenstraße 72/73.
Mit vollständig neuer Ausstattung
Seine Kleine.

Große Ausstattungsspiele mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Worn a. G., Guida Thieliger, Delmeiding, Paulmüller, Gerda Wolde, Boje, Wamowius, Junfer, Schay.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, keine Preise: **Der Raub der Sabrierinnen.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurtstr. 132.
Anfang 8 Uhr.

Das Jungfernstift.

Operette in 4 Akten von Ernst Günst.
Musik von Jean Gilbert.
Minna Nichetti als 1. Soubrette.
Sonntagabend nachmittags 4 Uhr: **Hans Sudelein.** - Sonntag, 7 1/2 Uhr: **Einmalige Aufführung: Cthello, der Mohr von Benedig.**

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephii.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:

'ne feine Nummer!

Burleske Ausstattungsspiele mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bild:

Frauchens Geburtstagstisch.

Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Anfang 8 Uhr:

Don Juan in der Hölle

Das phänomenale
Specialitäten-Prgr.

E. von Wolzogens

Bantes Theater (Weberbrunn)
Küppelkerstr. 68.

Donnerstag, 20. Febr., ab 8 Uhr:
U. a. „Zufall“ von Fuldia, „Atelier-
spuk“, „Fischer Domino“ von E.
v. Wolzogen, „Nara-Parodie“ von
Bernauer, **Lina Abarbanell**.
Sonntagabend: 2. Subscriptions-Redout.

Trionn-Theater.

Georgenstrasse,
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Zum 90. Male: **Coralie & Co.**
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. G. Nass: Moderne Luftschiffahrt.

Invalidenstr. 57/62.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Neu! **Der Boerenkrieg**
und seine Schreckensscenen.
Vorstellungen: 11-1 Uhr vor-
mittags und 4-10 Uhr nachm.
Neu! **Gutenberg und der**
Buchdruck. Neu! Konzert
(Tiroler Sänger) - Vorträge
(Konzertsänger).
Lebende Photographien.
Entree 50 Pf.,
Kinder und Militär 25 Pf.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Donnerstag, 20. Febr., ab 8 1/2 Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele
Grenze - Bauernkomödi -
Abschiedsoper.

W. Noacks Theater.

Neuenhagenstr. 16.
Fopfenraths Erben.
Sollend mit Gesang in 3 Akten von
H. Witten. Musik von H. Witten.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Freitag: **Denken Schöller.**

Indische Menagerie

im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Lothringersstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen 4, 6
und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen,
Tigern, Wölfen u. Hyänen, feroze
Löwen-Ringkampf
und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf.,
III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren
und Militär ohne Charge zahlen auf
I. u. 2. Pl. die Hälfte, bei 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Froese.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 5 Uhr.
Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Germania-Prachtställe

Arnold Scholz, Chausseestr. 103.
Jeden Donnerstag: **34250***
Bergler-Konzert und Familien-Kränzchen.

Passage-Theater.

Ganz Berlin spricht
von der siebenjährigen
Lola Gray
in dem Mimodrama
Der Bajazzo
und sein
Kind.

Täglich ausverkauft!

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms,
Rigal Birner, Rosa Marton.
Hierauf: **Gr.**
Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. G.
Sonntagabend nachmittags 3 Uhr: **Sou-
Tinte** in 3 Akte.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37.
Glänzender Erfolg! Abends
ausverkauft!
W. Richter in „Lustige Brüder“.
Hans Berg in „Christos“ etc. etc.
Anfang Wochent. 8 Uhr Sonntag 7 1/2 Uhr.

Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37.
Neues glänzendes Februar-
Programm.
Popl Weiss, Mizzel Braun,
Lotta Sebus, Albert Kühne,
Max Reichard u. a.
1/8 Uhr Beginn der Abend-
Vorstellung.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Neue Specialitäten.
Um 9 Uhr! Großer Erfolg bei
Dr. Wilhelm Kröbel in der
Ausstattungs-Operette
Die süßen Mädel.
Neu! **Fredoff** Neu!
Neu! **Wardinis** Neu!
Dazu das große glänzende
Februar-Programm!
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Billet-Vorverkauf u. 11-1 Uhr.
Freitag, den 23. Februar:
Festvorstellung **Robert Dills**
Beneß.

Cirkus Schumann.

Heute Donnerstag, 20. Februar,
abends prächtige 8 Uhr:
Große Gala-Fest-Vorstellung
zum Besten
der Krankenküche,
Brüderstr. 10.
Sports-Programm.
Auftreten der 1. Kräfte.
Dir. Alb. Schumann
mit seinen Original-Dressuren.
Von 7 1/2-8 Uhr: **Großes Militär-
Konzert** (in Uniform) des I. Garde-
Feld-Artillerie-Regiments unter per-
sönlicher Leitung des königl. Musik-
Dirigenten Herrn **Baumgarten.**

Cirkus Busch

Donnerstag, den 20. Februar, abends
7 1/2 Uhr: **Große Vorstellung.** Klondike,
Circus-Contomime des Cirkus Busch,
Solo auf Stelzen, Elefant u. Pferd.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u.
Specialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „**Urbock**“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Halbes von 12-2 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Eine Theaterprobe.
Nach jeder Probe:
Tanzkränzchen.
Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste, Mocquets,
Plüsch, Reste, Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 185

Ziehung 12., 13., 14., 15. März

zu Köln a. Rh. 200000 Loose.
4te Grosse **Lotterie**
zur Erhaltung des
Gold-Siebengebirges
Loose: 1 Ganzes M. 4.20
1 Halbes M. 2.10
(Porto u. Liste 30 Pf.)
14000 Geldgewinne
zahlbar ohne Abzug.
Hauptgewinn: Mark

125000

75000
50000
20000
10000

5 à 4000 - 20000
5 à 2000 - 10000
15 à 1000 - 15000
20 à 500 - 10000
50 à 200 - 10000
100 à 100 - 10000
300 à 50 - 15000
1500 à 20 - 30000
12000 à 10 - 120000

Loose versendet: General Debit
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5.
Telegr.-Adr. Müllermüller.

Masken-Garderobe

von **Carl Ernst,**
Königsplatz 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Branche
erb. 10% Preisermäßigung

Dr. med. Schaper

hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5 Pfennig.**
Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Anzeigenblättern für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Deutscher-
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Altes Materialwaren-Geschäft mit
Vollverkauf billig Verkaufstr. 33.
Zeitungsgeschäft veräußert. Hildbr.,
Weberstr. 202. 6090

Wardinhäuser Große Frankfurt-
str. 9, partiere. 137*

Vorjährige elegante Herrenhosen
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonntag und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Linden 21, II. 742*

Zwei Mark Herledungen Damen-
hosen, Herrenhosen 3.-. An-
stellungen sowie elegante Klei-
dungsstoffe, Stadtbahn 21, Nähe
Politzschbrunn. 133/2

Zeppiche! (sehr schöne) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Zeppichlager Brunn, Hofeiermarkt 4,
Bühnenstr. 117/7. 117/7*

Sportbillig! Zeppiche, Billige
Steppdecken, Gardinen, Uhren, Lein-
wand, Reiterstr. 6, Teilzahlungen
gestattet. 8/8*

Möbelverkauf, neue und ge-
brauchte, Kaiser, Sebastianstr. 81.

Musikwerke mit auswechselbaren
Notenrollen, für Reharmonica, Musik-
automaten, geringe Teilzahlung.
Kurzberg, Sandbergstr. 13.

Zeppiche mit Herledungen
Fabrikverlage Große Frankfurt-
str. 9, partiere. 732*

Wastocher! Jewell-Gasthof
300, Westhofene Gasthof 500,
Gasthofen 700, West-Plattener!
Gasthofen! billig! Was-
stocher! 600, Wollener, Wollener, Theater-
str. 10, Wollener. 3090*

Zeppichgeschäft, 700 Mark Klei-
dungsstoffe sofort zu verkaufen
Preiswunderstr. 20. 770*

Nähmaschinen.

preiswerteste Be-
anspruchung, ohne Einzahlung, Woche 1.00,
Vielzahl nach allen Stabilitäten so-
fort, Sandbergstr. 82, Köpfer-
str. 60/61. 755*

Waldstr. 119, blühendes für
Hosiern, Bruststücke, Schwämme,
Gewandstücke, bessere Geschick-
liche, überall, 14 Hosiern
3 Mark, 1/2 Tonne 3.50, 2.50, 2.50,
Nicht Glasen, Qualität ent-
scheidend. Vorverkauf, Ringler,
Bernauerstr. 119. 112/109*

Zeppichen billig! Fabrik Große
Frankfurtstr. 9, partiere. 137*

Best, unbeschädigt, 1700, Michel,
Köpenickerstr. 21. 6295

Dunkel mahagoni, Berlin, Klei-
dungsstoffe, Tisch, verkauft, Vorat, Wil-
helmstr. 11. 6240

Paucello, 44.00, Büchelstr.
11, 36.00, wie neu,
verkauft, Gandler, verbeut, Ulica-
str. 137, I. rechts. 6250

Reharmonica, billig zu verkaufen.
5 Reharmonica vorhanden. Chertan unter
O. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Häbrad, wie neu, 40.00, verkauft
Pena, Rammstr. 38. 9/14

Bredersdorf, Ostbahn, Sorort,
zwei Parzellen nahe Ostbahn, ver-
kauft die Handverteilung Brunn-
str. 151. 6320

Zeppichgeschäft handelsüblich
sofort zu verkaufen, Wite 50 Mark.
Zu erfragen, Sandbergstr. 22, Barbier-
Geschäft. 722*

Verkauf mein gutes geräumiges
Vestib., im Centrum gelegen, zwei
Zimmer, Zimmer und Kegelbahn, sehr
schöne Wohnung, billige Miete, Zahl-
stellen, Vereine und Arbeitsnachweise
sofort billig, Schützenstr. 18/19. *

Einzelgeschäft, (ohne Wohnung,
Arbeitsnachweise, sehr billig) sofort ver-
käuflich, Tor, Brüderstr. 43, I.
rechts. 722

Vermischte Anzeigen.

75 Pfennige! Steuerberatung,
Eingabengeld, Katerstellung, Ab-
schlags-Schulden, Militärsachen,
Zahlungsbefehle, Gerichts-
kosten, Ballows, Stalger-
str. 141. 6046

Büße im Rechtsbureau, Civil,
Strafsachen, Steuerreklamationen,
bis 10. März, Richterstr. 2. 6146

Rechtsbureau, Teilweise
für unbeschädigt, Eingabengeld, Rat-
erstattung. 991R*

Rechtsbureau „Weser“, Forts-
damerstr. 26 b. Steuerberatung in
schwierigen Fällen durch königlichen
Vandgerichtsrat a. D. 4574*

Rechtsbureau Hüblich, Andread-
str. dreizehn, Rechtsfälle,
Katerstellung. 5750

Imfang Jahnischen, Brunnen-
str. 42, jährlich 9000 verlässliche
Patienten. Dr. dental surgery
Hüblich. 4410

Wasser, ärztlich geprüft, empfiehlt
sich in allen vorerwähnten Fällen
aus der Haus, Vergo, Kälber-
str. 68, II. 3046

Väteranstalt zu höchsten Preisen.
Epstein, Markgrafstr. 101. 130/1*

Reklamation! Wer sich über die
richtigste Reklamation unter
unterricht will, verlange die Flug-
blätter des Verbands gegen Ver-
fälschung, welche unentgeltlich versendet
werden vom Tierärztverein Berlin,
Königsplatzstr. 108. Dieselben können
auch Reklamation für Forträge in
Arbeitsvereinen über Reklamation be-
stellt werden. Um günstigen Abdruck
willig abgeben. 1616*

Ausflugsverei von Frau Kolofu,
Ziemenstr. 48, Dünkelgebäude hoch-
parterre.

Aufertigung eleganter Herren- garderobe.

Teilzahlung gestattet.
Maras, Kleine Frankfurtstr.
30/31. 5070

Unfallchirurgie, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Pagar, Stalger-
str. 65. 426*

Wiedererzogen, Brodhaus und
alle andren Bücher, belebt
Hannemann, Kochstr. 56, I.
Kant VI. 3307. 982K*

Goldfaden, Jahnische, Uhren,
Silber, fast Brunnenstr. 157,
Uhrmacherladen. 5500

Rechtsbureau, Kegelbahn frei,
Hofgarten, Brunnenstr. 150. 5616*

Eheberatung, Interzessionen,
Unfallchirurgie, Verurteilungen, Militärs-
sachen, Stellungsgeld, Einkommen,
Katerstellungen, Väteranstalt etc.
Hofgartenstr. 55. 6300

Zahl, 300 Personen fahnd, zu
vergeben, auch Sonntag, Dren-
str. 180. 6236

Chirurgische, Hiermit nehme
ich die gegen den Kaiserlichen
Rechtsbureau, 6, außerprode Be-
teilung und extäre, daß ich
sich selbst wurde. R. J. 6236

20 Mark Belohnung demjenigen,
welcher mir meinen Hund, Josterrier
mit schwarzem Kopf, weitem Scheitel,
mit Maulkorb und Marke No. 16 393,
um 8 dieses Monats abhandeln ge-
kommen, wiederringt oder den Be-
steher besitzes nachweisen kann.
Hofmann, Brüderstr. 4, I. 759

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für einen
Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
Jacobson, Kolbergstr. 26, vorn III.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Müder Stuhlrechter bittet um
Arbeit. Stühle werden zu den
billigsten Preisen geflochten, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Rindfleischstr. 27,
II. 6147.

Stellenangebote.

Einen tüchtigen Nähschneider
(Tischler) verlangt Berggelder und
Wolter Goethestr. 82 (Charlotten-
burg). 6070

Goldfäden.

Tüchtiger Schreier,
welcher auch gut zu sitzen versteht,
wird verlangt, Köpenickerstr. 109 a.

Wohnung.

Wohnung für ganze Eltern
und zum Zusammenziehen verlangen
Schleiering u. Sohn, Kaiser Wilhelm-
str. 20. 6190

Stuhlpolierer.

Stuhlpolierer, tüchtig und maha-
goni, heißt, sofort gesucht, Hannover,
Delkenstr. 15. 6100/12

Wohnung.

Wohnung für zwei
Personen sofort zu vermieten, Kolofu,
Hofgartenstr. 54, Hof III. *

Tüchtige Steppdecken verlangt

Kilop, Gräberstr. 32, vorn III.

Wohnung.

Wohnung für einen
Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
Jacobson, Kolbergstr. 26, vorn III.

Wohnung.

Wohnung für einen
Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
Jacobson, Kolbergstr. 26, vorn III.

Wohnung.

Wohnung für einen
Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
Jacobson, Kolbergstr. 26, vorn III.

Wohnung.

Wohnung für einen
Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
Jacobson, Kolbergstr. 26, vorn III.

Wohnung.

Wohnung für einen
Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
Jacobson, Kolbergstr. 26, vorn III.

Wohnung.

Wohnung für einen
Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
Jacobson, Kolbergstr. 26, vorn III.

Sociales.

Eine Stadt der Bildung.

Die seit fünf Jahren bestehende öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Jena hat einen Erfolg errungen, der einzig dastehen dürfte. Wie aus dem Jahresbericht für 1901 hervorgeht, waren in diesem Jahr 88 650 Entlehnungen zu verzeichnen, das sind auf jeden Einwohner von Jena und Weimarer Reichlich 3 1/2 entliehene Bücher. Die Bibliothek besitzt gegenwärtig 11 800 Bände.

Jeder fünfte bis sechste Einwohner ist eingetragener Leser. Unter den 3890 männlichen Lesern befinden sich 2151 Gehilfen und Lehrlinge aus Handwerk, Industrie und Handel, außerdem 319 Diener, Kellner, Handarbeiter usw. Die Berufskategorie ist auch auf die andern Stände ausgebreitet; die Studenten sind mit der Zahl 317 vertreten. Auch unter den 1489 weiblichen Lesern stellen die unbemittelten Stände das größte Kontingent; im übrigen wird die Bibliothek verhältnismäßig gleichmäßig von allen Gesellschaftsklassen benutzt.

In den Räumen der Lesehalle liegen 97 Zeitungen und allen Gegenden Deutschlands (auch hervorragende ausländische Zeitungen) und 310 Zeitschriften auf. Hinsichtlich der Auswahl des Lesestoffes wird in politischer und religiöser Beziehung die größte Parteilichkeit beobachtet. Neben dem „Vorwärts“ hängt friedlich die „Neuzeit“, „Volk-Zeitung“, „Frankfurter Zeitung“, „National-Zeitung“ usw. Die Lesefälle erfreuen sich ebenso wie die Bibliothek einer sehr starken Frequenz. Probeweise vorgenommene Zählungen ergaben einen Durchschnittsbesuch von täglich 300 Besuchern.

Die Ausgabe des Instituts stellte sich im Jahre 1901 auf 16 726,39 M.; darunter befinden sich 8542 M. für Verwaltung, 1307,23 M. für Zeitungen und Zeitschriften, 8462,33 M. für Anschaffung von Büchern, 224,23 M. für Buchbinderarbeiten. Unter den Einnahmen steht der Zuschuß der Karl Feist-Stiftung mit 10 000 M. an erster Stelle.

Als „Arbeitschene“ sind vielfach von rohen Proben die Arbeitslosen bezeichnet worden. Demgegenüber verdient das Urteil hervorgehoben zu werden, das im Dresdener Stadtverordneten-Kollegium über die dortigen Arbeitslosen ausgesprochen wurde. Der Kammerer Körte sagte in seinem Verwaltungsbericht über die bei den Reichsanstalten beschäftigten Arbeitslosen: „Es muß hervorgehoben werden, daß die Qualität der Arbeitsleistungen eine überraschend gute gewesen ist. Wie von den die Arbeit Leistenden versichert wird, hat die Arbeitsleistung bedeutend mehr betragen, als in normalen Zeiten bei gleicher Arbeiterzahl.“

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit wird seine Jahresversammlung am 18. und 19. September in Colmar i. El. abhalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände:

Bericht der Kommission für Gemeindef Statistik. Die Einrichtung von Reichsanstalten und ihre Erfolge. Die Berücksichtigung der Hülfs- oder Halbleistenden. Die Verteilung der Armenlasten. Die Erweiterung des Handwerks-Unterrichts für Schwachmüde, taubstumme, blinde und verkrüppelte Personen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste. Am Sonnabend, den 8. März cr. veranstaltet der Gesangverein „Maienruh“ eine Festlichkeit im „Krius-Hof“, Berlinerstraße; ebenso hat der Vortier-Verein „Grosche Hoffnung“ in Schönberg am Sonnabend, den 22. Februar cr., in den „Augusta Victoria-Sälen“, Lutherstraße 31/32, ein Vergnügen. Man versucht, in Arbeiterkreisen Willeis zu diesen Vergnügungen abzugeben. Da beide Lokale zu Versammlungen für die Arbeiterpartei nicht zu haben sind, so weisen man die angebotenen Willeis zurück und meide strengstens diese Vergnügungen. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr wird der Reichstags-Abgeordnete Dr. Herzfeld in den „Sturzhallen“ unter dem Bahnhof Bellevue über „Die Politik der Sozialdemokratie“ sprechen. Um zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand des Wahlvereins.

Charlottenburg. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet in diesem Monat nicht statt.

Schöneberg. Unsere Parteigenossen machen wir nochmals auf die heute von vormittag 11 bis nachmittag 7 Uhr stattfindende Stadtverordneten-Ergänzungswahl im vierten Bezirk aufmerksam und erwarten, daß sämtliche Wähler ihre Stimme abgeben für unsere Kandidaten, Rauerer Karl Panzer.

Adlershof. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Scheer, Köpenick. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kreplin über „das Drama“. Es folgen dann Beratungen über die bevorstehende Gemeindevorstandswahl.

Reichslandendorf. Sonnabend abends 8 1/2 Uhr findet die monatliche Mitgliederversammlung im „Vorwärts-Parl“, Provinzstraße 70, statt. Genosse Schumacher referiert über „Die Ertragsverhältnisse des 19. Jahrhunderts“.

Lokales.

Eine Schädlichkeit. Das „Berl. Tagebl.“ bringt einen Bericht über eine Versammlung im freiwirtschaftlichen Bezirksverein, in der Abg. Kopsch, Mitglied der freiwirtschaftlichen Partei, behauptet habe, daß „sogar sozialdemokratische Abgeordnete“ die Kritik unseres Parteigenossen Kritik an den Berliner Krankenhäusern nicht billigt hätten und daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter geäußert habe: „Diese Mittelungen sind widerwärtig und schaden mehr als sie nützen.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich, wie wir mitteilen können, mit diesen Behauptungen des Herrn Kopsch beschäftigt. Sie hat einstimmig festgestellt, daß von irgend welcher Mißbilligung der Kritik des Genossen Kritik keinerlei Rede sein kann, daß sie vielmehr das Vorzeichen des Besorgens als durchaus nützlich und im Interesse der Allgemeinheit und der Kranken liegend erachtet.

Wir fügen diesen Feststellungen der Fraktion hinzu, daß es als eine Schädlichkeit sondergleichen zu erachten ist, wenn ein Abgeordneter private Behauptungen, auch wenn solche gefallen wären, becartig öffentlich ausnützt, wie es Herr Kopsch beliebt.

Beschäftigung für Arbeitslose. Die Parkdeputation beschäftigt sich seit einiger Zeit mit Plänen der Verbesserung und Erweiterung der Wege und Anlagen des Treptower Parks und des anschließenden Plänter Waldes. Diese Beratungen haben dem Magistrat Anlaß gegeben, Erwägungen darüber anzustellen, ob die weitere Ausgestaltung der Anlagen des Treptower Parks und des Plänter Waldes eine passende Gelegenheit böte, in umfassender Weise Arbeitslosigkeit zu schaffen. Da die auszuführenden Arbeiten vornehmlich Edelearbeiten sein würden, so würde die zu schaffende Arbeitslosigkeit den von der Krise am schwersten Betroffenen, den ungelerten Arbeitern, zu Gute kommen.

Neber die in Aussicht genommenen Arbeiten hören wir, daß geplant ist, eine Anlage ähnlich des Leipziger Ederberges im Treptower Park anzulegen, dabei auch analog wie in Leipzig das gleiche Material zu verwenden. Letzteres liegt in Gestalt eines mächtigen Müllhaufens auf dem städtischen Abladepark vor dem Stralauer Thor. Hiebei einer Verwendung des Mülls zu dem beabsichtigten Zweck Bedenken nicht entgegen, dann soll nach der Ansicht des Magistrats der Stadtverordneten-Versammlung unverzüglich ein Vorlage zugehen, in der die Mittel zur Ausführung des Planes

gefordert werden. Nach vorläufiger Berechnung soll ein Kostenaufwand von einer Million Mark erforderlich sein.

Sich geltend machende Bedenken könnten nur sanitärer Natur sein, die, sollte der Nachweis nicht gelingen, daß bei dem vor dem Stralauer Thor lagernden Müll Läst und Licht die organische Zersetzung ausgiebig bewirkt haben, durch eine durchzuführende künstliche Desinfektion beseitigt werden könnten.

Im Interesse der Arbeitslosen erwarten wir, daß der Magistrat die Vorarbeiten beschleunigt. Schnelle Hilfe thut not.

„Der Fall Zietzen“ dürfte auch jetzt, nachdem Albert Zietzen durch den Tod von seinem 17jährigen Nichteinverleibten erlöst worden ist, noch nicht zur Ruhe kommen, vielmehr wird von den Verfechtern der Zietzen-Sache auch nach dem Tode des Verurteilten der Kampf für die Rehabilitierung Zietzens und die Ausmerzung eines behaupteten Justizirrtums fortgesetzt werden. Unter dem Titel „Der jetzige Stand des Rechtsfalles Zietzen“ veröffentlicht soeben Rechtsanwalt Victor Frankl, Berlin eine hochinteressante Broschüre, die unter Beistand von Wiesen Zietzens eine quellenmäßige Darstellung des Falles Zietzen in seinen einzelnen Stadien giebt und sich bemüht, die außerordentliche Bedeutung dieses Falles für das Rechtsleben dem allgemeinen Verständnis nahe zu bringen. Als Notum enthält die Schrift u. a. folgende Thatsache: Es hat sich ein Dreher, Namens August Oberwald, geboren im Kreise Pöckum, gemeldet und einige protokollierte Angaben über den ehemaligen Barbierlehrling Wilhelm gemacht, der sich bekanntlich seiner Zeit selbst des Mordes an Frau Zietzen schuldig bekannt hat. Danach habe dieser Oberwald im Jahre 1900 in Jantios (Peru) einen Heizer der Schiffs-Reparaturwerkstatt von Weseke u. Co., Namens Wilhelm, kennen gelernt, der früher Barbier gewesen sei. Er habe diesem auf seine Fragen nach Reuigkeiten aus Europa den Tod Liebeschichts mitgeteilt, dessen Eintreten für den Fall Zietzen erwandt und irrtümlicher Weise hinzugefügt, daß Zietzen nun auch gestorben sei. Dabei sei Wilhelm sehr aufgeregt geworden und habe am ganzen Leibe zu zittern begonnen. Die übrigen Anwesenden hätten auf die Frage, was denn Wilhelm wohl hätte, geantwortet: Der sei öfter so, er müsse wohl in Deutschland etwas ausgelesen haben. Der betreffende Mann habe den unverständlichen Erklärungen Dialekt gesprochen. Einem andern Mann Namens Hugo Stolz, der den Bericht des Oberwald unterfüt, hat der betreffende Wilhelm auf die Frage, warum er nicht wieder nach Deutschland zurückkehre, in weinerlichem Tone geantwortet: „Nach Deutschland darf ich nicht wieder hinkommen; wenn ich mal nach Europa kommen sollte, mache ich nach Holland. Hätte ich nur nicht den dummen Streich in Deutschland gemacht!“ — Eine bei dem Fall, deutschen Vize-Konsulat in Jantios eingezogene Erkundigung hat die Auskunft erteilt, daß der betreffende Mann sich Wilhelm Rowen nenne, 1894 als Matrose nach Jantios gekommen sei, 1892 in Hamburg in der Rheinprovinz geboren sein will und als ein Deserteur des deutschen Heeres und der Fremdenlegion gelte: Die darauf ergangene Bitte an das Konsulat um weitere Mitteilungen und Maßnahmen ist bis jetzt unbeantwortet geblieben. — Aus der sehr lesenswerten Schrift ist zu ersehen, daß auf Grund neuer Momente ein neuer Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu erwarten ist. § 401 der Strafprozessordnung legitimiert zu einem solchen Antrag nach dem Tode des Verurteilten dessen Ehegatten, Verwandten auf- und absteigender Linie, sowie Geschwister. Die Frankfurter Schrift ist in Chr. Lindberghs Verlag (Moriz Schäfer) in Wiesbaden erschienen.

Ein erschreckendes Bild über die herrschende Arbeitsnot entrollt der soeben erschienene 33. Jahresbericht des „Berliner Arbeitervereins für Obdachlose“. Seit seinem Bestehen hat dieser segensreich wirkende Verein nicht weniger als 4 388 008 der Vermissten unter den Armen vorübergehend Schutz gegen Obdachlosigkeit gewährt. Die wirtschaftliche Krise und die in ihrem Gefolge einhergehende Arbeitslosigkeit haben aber während des verflossenen Jahres in den Reihen des Vereins deutlichere Spuren denn je zuvor hinterlassen. In keinem der 33 Jahre war der Ansturm ein so gewaltiger wie 1901. Im Männer-Wahl stieg die Besucherzahl von 249 000 auf nahezu 282 000, im Frauen-Wahl von rund 46 000 auf 63 000! Und gerade die im kräftigsten und produktivsten Alter stehenden bildeten die weit überwiegende Masse der Anstürmer; denn weit über die Hälfte aller Obdachlosen standen in dem Alter von 20 bis 40 Jahren! Ein deutlicher Beweis dafür, daß vorwiegend die herrschende Arbeitslosigkeit die Erklärung für diese traurigen Verhältnisse liefert. Zur Not hat ja die eifrige Verwaltung dem Massenandrang gegenüber Abhilfe schaffen können: Das Frauen-Wahl konnte ausgebaut und auch das Männer-Wahl sollte erweitert werden. Allein, auch auf die finanzielle Kraft des Vereins war die allgemeine wirtschaftliche Lage von ungünstigstem Einflusse: die Ausgaben stiegen, die Einnahmen gingen erheblich herab. Das Ergebnis des Jahresablaufes repräsentiert sich leider in einem Defizit von 8175 M., es wäre noch bedeutend größer, wenn nicht die säkularische Legate des Jahres in Höhe von 35 842 M. verwendet worden wären. Der Verein bittet daher seine Freunde dringend, nicht zu vergessen, daß die Anforderungen an die Hilfe stetig wachsen.

Zur Reorganisation der Berliner Gemeindefschule. Stadtschulrat Versenbergh hat am Dienstag auch vor dem „Verein Berliner Volksschullehrerinnen“ über den neuen Lehrplan der Gemeindefschule gesprochen. Auch dieser Verein hat sich, in Uebereinstimmung mit dem kürzlich vom „Berliner Lehrerverein“ gefassten Beschluß, gegen das System der sieben Klassenstufen mit aufgesetzter Oberklasse erklärt und an der alten Forderung des wirklich achtklassigen Schulsystems festgehalten. Leider ist jetzt nicht mehr darauf zu rechnen, daß die nur zu begründeten Proteste der Lehrerschaft irgend welchen Erfolg haben werden. Die Schuldeputation ist mit der Sache fertig und dabei bleibt es. Die Zukunft wird es lehren, daß sich hinter diesen Oberklassen-System nichts anderes als die Kleinliche Sucht zu sparen verbirgt — zu sparen auf Kosten der Jugend, die die Gemeindefschule besucht.

Eine zweite Milchkonferenz hat im Landwirtschaftsministerium stattgefunden. Es beteiligten sich daran u. a. der Landwirtschaftsminister v. Pöddelski und Oberpräsident v. Bethmann-Hollweg, ferner als Vertreter der Landwirte Herr Ring-Düppel und als Vertreter der Milchhändler die Herren Lieg und Lulaj. Nach dem Bericht, den Herr Lulaj in der Versammlung des Vereins der Milchpächter erstattete, steht der Landwirtschaftsminister ganz auf dem Standpunkt, daß die Abschaffung des Milchhandels, die die Milchhändler der Berliner Milchversorgung verschlechtern werde. Man habe sich auch, trotz aller Bemühungen der Vertreter des Milchhandels, nicht auf eine Aenderung des § 4 der Verordnung eingelassen, der die Milchhändler zu Gunsten der Marktmilch abschaffe. Für Koffeeahne wurde ein geringerer Fettgehalt von 10 Prozent für Schlagahne ein solcher von 25 Prozent festgelegt. Die Verbefolgung des § 4 mache die Verordnung für den Milchhandel unannehmbar.

Die Versammlung der Milchhändler nahm eine Resolution an, die einen scharfen Protest gegen die von Herrn v. Pöddelski im Abgeordnetenhaus über den Milchhandel gemachten Ausführungen enthielt. Sie verpflichtete sich dahin zu wirken, daß die Milchhändler, die nichts genommen und nichts hinzugefügt werden darf, den Wert erhalten bleibt. Mitgeteilt wurde, daß das Defizit der Milchzentrale am 1. Oktober v. J. nicht 18 000 M., sondern schon rund 60 000 M. betragen haben soll. Sie habe 18 000 M. Schulden gehabt und die Einzahlungen in Höhe von 80 000 M. zugefüt, was einer Unterbilanz von 60 000 M. gleichkomme. Zugewachsen soll diese Unterbilanz eine bedeutende Steigerung erfahren haben. Die Erkenntnis von dieser ungünstigen Lage habe schon viele Bauern zur Fahnenflucht veranlaßt.

Aus der Berliner Konsumvereinsbewegung wird uns berichtet: Der Konsumverein Berlin-Nord, E. O. M. b. H., der im dritten Geschäftsjahr steht, hat bis Ende Januar d. J. einen Umsatz von 157 533,35 M. zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl beträgt 2148. Der Verein, der mit dem im September und Dezember v. J. eröffneten Verkaufsstellen zur Zeit sieben besitzt, entwickelt sich stetig vorwärts; den vielen Anfragen nach Eröffnung neuer Verkaufsstellen kann nur entsprochen werden, wenn in dem betreffenden Stadtteil oder Ort mindestens 200 Mitglieder vorhanden sind und eine bestimmte Summe Geld eingezahlt ist. Die wirtschaftliche Depression mahnt auch die Konsumvereine zur doppelten Vorsicht; einmal kommt in Betracht, daß ohne genügend Kapital und Mitglieder das Unternehmen gefährdet, zweitens, daß die Kaufkraft auch bei einem Teil der Mitglieder angesichts der schlechten Konjunktur eine minimale ist. Wie ohne Solidarität keine Organisation bestehen und Großes leisten kann, so ist diese auch Hauptbedingung bei einer Wirtschaftsorganisation.

Die Angst vor der Keimlichkeit. Eine Denkschrift über die Hygiene im Barbiergeverbe haben die Vorstände der Berliner Barbier-Zunungen, wie der freien Vereinigung selbständiger Barbiers der Polizeipräsidium zugehen lassen. Die Petenten verwahren sich gegen die geplanten polizeilichen Eingriffe in ihren Geschäftsbetrieb, indem sie behaupten, daß die Gefahr einer Keimlichkeitsübertragung im Barbiergeverbe sehr gering sei. Sollte behördlicherseits aber auf einer Verschärfung der hygienischen Vorschriften in den Berliner Barbierstuben bestanden werden, will die Denkschrift die Kontrolle über die Durchführung dieser Bestimmungen den Meister-Vereinigungen überlassen wissen. Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, das Polizeipräsidium möge geeignete Mitglieder der verschiedenen Berliner Barbier-Zunungen zu Inspektoren für das Barbiergeverbe ernennen, sie mit Beamtenqualität ausstatten und dergestalt eine Inspektion schaffen, die sowohl persönliche Autorität, als die nötige Sachkenntnis besitzt, um den etwa vorkommenden Mißständen mit Nachdruck entgegenzutreten. Gewandt wird vor zu weitgehenden hygienischen Vorschriften, wie sie bereits stellenweise erlassen worden sind und die, wie die Denkschrift erklärt, nur dann durchführbar wären, wenn es möglich wäre, für das Rasieren und Frisieren Preise einzuführen, die etwa denen einer kleinen chirurgischen Operation gleichkämen.

Der Ansturm dieser Ausführungen dürfte wohl am besten darlegen, daß abänderungsbedürftige Mißstände in Barbiergegeschäften vorhanden sind.

Der Direktor der verkrachten Aktiengesellschaft für Treber-trocknung Adolf Schmidt ist Montag, vormittags 8 Uhr, mit der Bahn von Paris abgefahren und bereits am Abend um 6 1/4 Uhr auf der deutsch-französischen Grenzstation Aricourt eingetroffen. Der Gefangene war bis dahin nicht geschlossen, sobald er jedoch den deutschen Boden betrat und der Aufsicht der deutschen Beamten unterstellt wurde, wurde er gefesselt. Darauf erhielt der Gefesselte eine kleine Erfrischung und wurde sodann um 7 Uhr bereits in einem Waggon 3. Klasse nach der Stadt Javern transportiert, um im dortigen Gerichtsgefängnis zunächst interniert zu werden. Mittwoch trafen die kasseler Polizeibeamten in Javern ein und transportierten Schmidt nach Kassel ins Untersuchungsgefängnis.

Der Herr Doktor. Von der hiesigen Polizei wurde wegen allerlei Schwindeleien der angehliche „Dr.“ Paul Reumann gesucht. Der junge Mann, der hier viel in studentischen Kreisen verkehrte, in der Akademischen Lesehalle eingeführt, jedoch an der Universität nicht immatrikuliert war und von Beruf Zahnkünstler ist, soll sich während seines anderthalbjährigen Aufenthalts in Berlin Hochkapelen haben zu Schulden kommen lassen. Als man ihn gestern im Universitätsgebäude anhielt und zur Wache bringen wollte, stieß er seine Verfolger zurück und entkam auf der Straße. Wie es heißt, ist er der Sohn eines berühmten internationalen Schwindlers. Er wird mittlerweile wohl schon Berlin verlassen haben.

Verhaftet wurde gestern der 36 jährige, etatsmäßig angestellte Briefbote D. Hoffmann vom Postamt in der Nordburgerstraße. Es wird ihm zur Last gelegt, auf einem Bestellaenge in der Kantstraße sich gegen ein 18 jähriges Dienstmädchen fittlich vergangen zu haben. Er wurde deshalb gestern fest, als er von seinem ersten Bestellaenge nach dem Postamt zurückkehrte, von zwei Kriminalbeamten in Empfang genommen und nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit abgeführt. Der Verhaftete ist seit acht Jahren verheiratet und Vater von vier Kindern.

Der Unfall eines Segelschiffers, welchem beinahe vier Personen zum Opfer gefallen wären, verursachte vorgestern auf dem Müggelsee großes Aufsehen. Dortselbst waren mehrere Fischer beim Eisfischen tätig, sie hatten bereits eine größere Oeffnung in das Eis gefahren und waren im Begriff, das Fischnetz in das Wasser zu lassen, als ein mit vier Personen besetzter Segelschiff mit unbekannter Geschwindigkeit herangefahren kam. Trotz der Bursche der Fischer vermochte der Schiffsführer das Gefähr nicht mehr aus der Bahn zu lenken, und so sauste es in die abgegrenzte Fläche der Eisöffnungen. Der Schiffen lief sich im Eise fest, während die vier Insassen durch den heftigen Stoß ins Wasser geschleudert wurden. Glücklicherweise gelang es den Fischern, die unwirschigen Sportsfahrer dem kalten Bade zu entreißen, so daß sie mit dem bloßen Schreden davonkamen.

Mit dem Leben geküßt hat am Dienstag der Arbeiter Hermann Schulz die auch unter Erwachsenen verbreitete Unsitte, sich gegenseitig im Scherze zu hänseln und zu stoßen. Er war in der Barberei von Haacke, Mühlentstraße 69, beschäftigt. Als er sich gestern in der angegebenen Weise mit Arbeitsgefährten während der Frühstückspause die Zeit vertrieb, stürzte er plötzlich nieder und blieb bewußtlos liegen. Er hatte innere Verletzungen davongetragen, denen er noch am demselben Tage erlag.

Schwer verunglückt ist am Dienstagabend der nahezu 60jährige Arbeiter Wilhelm Tornow. Als er an der Ecke der Ederwalder- und Oberbergerstraße den Bahrdamm überschreiten wollte, sah er einen Müttelwagen auf sich zukommen. Noch ehe er ausweichen konnte, erhielt er von der Deichsel einen so heftigen Stoß vor die Brust, daß er schwerverletzt nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft werden mußte.

Ein Kollektenschwunder, welcher seine Sammlung angeblich für ein Blindenheim veranfaßt, treibt gegenwärtig im Westen Berlins sein Unwesen. Vorgestern nachmittag sprach der etwa 23jährige junge Mann bei einem Kaufmann in dem Hause Kalmstraße 3 vor, der auch bereit war, eine Spende für die armen Blinden zu geben, jedoch die von dem Sammler mitgeführte amtliche Legitimation genauer in Augenschein nehmen wollte. Der Durch ergriff die Flucht und entkam leider trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung.

Jugendliche Schwermüder. Im Vorgarten einer höheren Mädchenschule in einem Vorort, so erzählt die „Tägliche Rundschau“, sah man kürzlich morgens hoch oben an der Flaggenstange ein Fahnenstück flattern, dessen eine Seite ein von einem Feil durchbohrtes Herz zeigte. Die andre Seite trug die Inschrift: „vivant virginis“. Der diese Flagge gefügt hatte, war noch nicht festzustellen. Man vermutet aber die Täter in den Besuchern eines nahen Gymnasiums.

Im Theater gestorben ist vorgestern abend die 64 Jahre alte Gattin des Kaufmanns Wittfoß aus der Meinstr. 81. Das Ehepaar hatte sich kaum im Zuschauerraum des Schiller-Theaters niedergelassen, als die Frau umfiel. Man brachte sie in die Garderobe, wo sich der Theaterarzt mit noch einem zweiten um die Bewußtlose bemühte. Jede Hilfe blieb vergeblich, nach zehn

Minuten vor der Tod, wahrscheinlich infolge eines Herzschlages, eingetreten.

Theater. Im Central-Theater ist Sonnabendnachmittag die letzte Vorstellung von „Schneewittchen“. Jeder Erwachsene kann ein Kind frei einführen. — Auf vielfachen Wunsch wird auch der Johannes Brahm's-Abend, den das Schiller-Theater vor einigen Wochen im Bürgercafé des Rathhauses veranstaltet hat, am Sonntag, den 23. Februar, wiederholt. — Heber „Moderne Luftschiffahrt“ wird Herr Dr. Nag heute (Donnerstag) im Hörsaal der Urania in der Taubenstraße sprechen. Im Theater wird allabendlich der Vortrag „Frühlingstage an der Riviera“ wiederholt. —

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Der niedergesetzte Ausschuss in der Gasanstalts-Frage hat in seiner Sitzung am Dienstag mit zwei gegen sieben Stimmen beschlossen, dem Plenum die Annahme der vorgelegten Vertragsbedingungen zu empfehlen. Somit ist diese für die Stadt so hochwichtige Angelegenheit in ein Stadium getreten, das bei der bekannten Rücksichtslosigkeit der bürgerlichen Mehrheit das Schlimmste befürchten läßt.

Lichtenberg. Das Ortsstatut für das Gewerbegericht hat nun nach monatelanger Verschleppung endlich die Zustimmung der Gemeindevertretung erhalten. Es werden demnach entsprechend den Anträgen unserer Genossen 32 anstatt 28 Weisiger zu wählen sein, die Wahlperiode erstreckt sich auf vier Jahre, alle zwei Jahre scheidet die Hälfte aus. Gewählt wird in vier Bezirken. Die Wahlen am einem Sonntag vornehmen zu lassen wurde abgelehnt.

Der Antrag Bell und Genossen auf Errichtung einer Fortbildungsschule mit Schulzwang fand seine Erledigung durch die Erklärung des Gemeindevorstandes, daß eine darauf bezügliche Vorlage in Ausarbeitung begriffen sei. Dem obligatorischen Unterricht widersprechen die Freimüthigen, doch steht die Beschlussfassung noch aus. Auch der socialdemokratische Antrag Treue und Genossen auf Einrichtung von Klassen für minderbegabte Schüler der hiesigen Gemeindegemeinschaft wurde als berechtigt anerkannt; es soll der Vertretung ein motivierter Antrag zugehen. Die Interpellation der Genossen Kette und Genossen betreffend die Errichtung von Turnhallen wurde vom

Vorsitzenden dahin beantwortet, daß dem Verlangen der Interessenten Rechnung getragen sei; demnächst werde die Erbauung zweier Turnhallen beantragt werden, die Baupläne seien ihrer Vollendung nahe. — Mit der Errichtung einer Volksbadeanstalt kann sich der Gemeinde-Vorstand nach einer Erklärung auf Grund einer Interpellation Weisflud und Genossen nicht befassen. Das Bedürfnis hierzu sei fraglich. Unsere Genossen werden demnächst einen darauf bezüglichen Antrag einbringen und das Bedürfnis nachweisen.

Für unsern Vorort Wilmerdorf sind die Wahlen zur Gemeindevertretung für die dritte Wählerklasse auf Dienstag, 11. März angelegt. Die zweite Klasse wählt am 12., die erste am 13. März. Wie verlautet, soll diesmal der Ort in drei Wahlbezirke eingeteilt werden. Nächste Woche wird sich eine von unseren Parteigenossen einzuberufende Volksversammlung mit der Aufstellung der Kandidaten zu beschäftigen haben.

Rixdorfer Tukselmänner an der Arbeit. Die Festsetzung der Wahl der Arbeitnehmer-Weisiger des Gewerbegerichts auf einen Sonntag hat den Arbeitgebern Rixdorfs schlaflose Nächte bereitet. Und nicht nur das, sie hat sie zu „Streikbrüdern“ erzogen. Fast sämtliche Arbeitgeber-Weisiger des Gewerbegerichts und die Mitglieder der bereits ernannten Wahlvorstände, soweit sie Arbeitgeber sind, traten zu feierlicher Sitzung im Lokal von Lanfuer zusammen und berieten, wie sie sich am besten verschwinden könnten gegen den schändlichen Plan einer Sonntagswahl, und nun gar einer von Arbeitern vorzunehmenden Wahl. Dieselben Herren, die sonst nur zu gern bereit sind, die Arbeiter auch Sonntags in werktätigem Schafeln auszunutzen, kamen zu folgendem Beschluß: „Die Versammlung des Wahlvorstandes und der Arbeitgeber-Weisiger des Gewerbegerichts protestiert gegen die Festsetzung des Wahltages auf einen Sonntag und die Versammelten erklären ausdrücklich, daß sie das Amt eines Weisigers in diesem Fall nicht annehmen werden.“

Pankow. Eine Berichtigung hat der Bürgerverein zu Pankow auf die in Nr. 34 enthaltene Notiz über die bevorstehenden Gemeindegemeinschaftswahlen uns zugehen lassen. Aus der Zuschrift geht hervor, daß der Verein sich entgegen unserer Behauptung mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt, weil in seinem Statut die „Förderung kommunaler

Angelegenheiten“ vorgesehen ist. Ferner ist daraus ersichtlich, daß jeder unbescholtene Einwohner, ob Socialdemokrat, Jude, Antisemit, Konservativer oder Freisinniger aufgenommen wird. Es zeugt, so meint die Zuschrift, von Gehässigkeit, angeichts solcher Toleranz von einem Reich-Raich zu sprechen.

Dem gegenüber können wir aus dem uns zugefandenen Statut feststellen, daß wir berechtigt waren, zu schreiben, daß der Verein keine Politik treibt, da ausdrücklich im Statut steht: „Politische Bestrebungen sind ausgeschlossen.“ Daß kommunale Angelegenheiten öffentliche Angelegenheiten sind, wissen wir sehr wohl, aber gerade, weil beides, politische und öffentliche Angelegenheiten, verwandte Begriffe sind, kann man nur schwer das eine lassen und das andre beiseite schieben.

Die politische und religiöse Konfessionslosigkeit der parteilosen Bürgervereine, nicht nur in Pankow, sondern auch an andern Orten, ist ja bekannt; man kann sie bei Wahlen usw. stets als staats-erhaltendes Bollwerk gegen die Arbeiterinteressen bewundern und hat ihnen deshalb mit gutem Recht den Namen „Reich-Raich“ oder „Ordnungsbrei“ gegeben.

Witterungsüberblick vom 19. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand m m	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. p. G. in °C	Stationen	Barometer hand m m	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. p. G. in °C
Stolpe	768,0	OSO	1	1615 bed.	-2	Haparanda	776,0	—	—	2 bed.	-10
Hamburg	766,0	NO	2	1616 bed.	-1	Petersburg	777,0	—	—	1 bed.	-9
Berlin	766,0	NO	2	1616 bed.	1	Sort	759,0	—	—	6 Regen	8
Kranf./M.	765,0	NO	2	1616 bed.	1	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	763,0	SO	3	1616 bed.	0	Paris	765,0	—	—	1 bed.	0
Wien	765,0	SO	1	1616 bed.	1						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 20. Februar 1902.
Zunächst ziemlich heiter, etwas kälter bei mäßigen östlichen Winden; später neue Zunahme der Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Schule. Sprechen Sie mit dem Rektor der in Betracht kommenden Gemeindegemeinschaft.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.
Ecke Leipzigerstraße.

Belle-Alliancest. 1-2.
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.
Ecke Andreasstraße.

Vorzugs-Preise

Donnerstag
Freitag
Sonabend

Conservern und Früchte

	1/1 Dose	1/2 Dose
Junge Schoten	53 Pf.	32 Pf.
Feine junge Schoten	68 Pf.	38 Pf.
Feinste junge Schoten	88 Pf.	48 Pf.
Kaiser-Schoten	1,20 M.	65 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	83 Pf.	47 Pf.
Bruchspargel mit Kopf	98 Pf.	53 Pf.
Bruchspargel Pa.	1,23 M.	63 Pf.
Bruchspargel Extra Pa.	1,48 M.	78 Pf.
Stangenspargel III.	1,23 M.	68 Pf.
Stangenspargel Pa.	1,85 M.	98 Pf.
Stangenspargel Extra Pa.	1,95 M.	1,02 M.
Riesenstangenspargel	2,35 M.	1,20 M.

Getrocknete Gemüse

Schneidebohnen 1 Pfd.	1,55 M.
Carotten 1 "	68 Pf.
Grünkohl 1 "	98 Pf.
Wirsingkohl 1 "	1,08 M.
Steinpilze 1 "	1,95 M.

Schoten 1/1 Dose 31 Pf.

Pfefferlinge 1/1 Dose 68 Pf.

	1/1 Dose	1/2 Dose
Mirabellen	63 Pf.	36 Pf.
Kirschen ohne Steine	1,08 M.	58 Pf.
Pflaumen (blau) 1/2 Frucht	68 Pf.	38 Pf.
Erdbeeren	1,20 M.	65 Pf.
Frucht-Melange Ia.	1,15 M.	63 Pf.
Preisselbeeren	68 Pf.	
Stachelbeeren in Dosen ohne Zucker	52 Pf.	32 Pf.
Erbsen u. Carotten	63 Pf.	37 Pf.
Junge Carotten	58 Pf.	33 Pf.
Gemischtes Gemüse	62 Pf.	35 Pf.
Gem. Gemüse Extra Ia.	1,00 M.	53 Pf.
Kohlrabi in Scheiben m. Grün	29 Pf.	

Abschnittspargel 1/1 Dose 60 Pfg.

Stangenspargel 1/1 Dose 1,10 M.

Cognac 1/1 Flasche 1,15 M., 1,60 M.
J. Dupont & Co. 1/2 Flasche 1,48 M., 1/4 Flasche 2,70 M.

Rum 1/1 Flasche 98 Pf., 1,60 M.
Drouhet & Co. 1/2 Flasche 1,25 M., 1/4 Flasche 2,30 M.

Arrac 1/1 Flasche 1,60 M., 2,20 M.
Bisquit Dubouché 1/2 Flasche 1,80 M.

Schnitt- und Brechbohnen 1/1 Dose 25 Pf.